V.S.K. U.S.C.

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V. S. K.), Basel

Redaktion: Dr. W. Ruf

Verantwortlich für Druck und Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.)

Erscheint wöchentlich - Basel, den 3. März 1945 - 45. Jahrgang - Nr. 9

Die Gabe der Konsumgenossenschaften an die Schweizer Spende Gründung eines genossenschaftlichen Patronatskomitees

Erste Spende des V. S. K.: 250 000 Franken

Mit tiefer Erschütterung haben wir von neuem wieder teilgenommen an den traurigen Folgen der Bombardierung von Schweizer Ortschaften. Welch ein Segen für die bis jetzt verschonten Städte und Dörfer unseres Landes, von dem furchtbaren Schicksal noch nicht erfasst worden zu sein! Welch ein Elend lastet doch auf der Bevölkerung jener vom Krieg, vom Bomben- und Granatenhagel bis in die letzten Lebensregungen erfassten Gegenden! Millionen und aber Millionen irren in der Welt herum und suchen nach einem Heim, nach ihren Eltern, nach ihren Kindern, nach ihrer in alle Winde zerstreuten Habe. Kann uns ein solches Geschehen kalt lassen? Können wir es wagen, an diesen *endlosen Zügen des Elends* pharisäerhaft vorbeizugehen und ihnen zuzurufen: «Ihr seid selbst schuld! Wir können nichts dafür. Sorgt selbst für euch.» Nein und abermals nein. Ein solches Verhalten wäre *Verrat an unserem Land, Verrat an der Menschlichkeit,* wäre das sicherste Zeichen dafür, dass wir der Bewahrung nicht würdig sind. Und gestehen wir uns ehrlich: Für uns und unsere Freiheit haben wir uns nicht allein eingesetzt; dass unser Land im ganzen noch so wenig beschädigt dasteht, dass wir nicht irgendwo in einem Schützenloch liegen und dass wir uns noch unter einem ganzen Dach zur Ruhe begeben, noch Löffel, Messer und Gabel haben, unsere Waren in wohlausgestatteten Läden, regelmässig und in guter Qualität beziehen können — das haben wir zu einem schönen Teil dem Blute anderer Völker zu verdanken. Ist es da nicht unsere selbstverständliche Pflicht und Schuldigkeit, dass wir für die von uns kaum fassbaren Opfer an Blut und Gut, die andere Völker erdulden müssen, ein — wenn im Blick auf die übergrosse Not auch bescheidenes, für unsere bisherigen milden Taten aber doch *ausnehmend grosses* — heilendes Pflaster bereitmachen? Deshalb gilt es, der Schweizer Spende, die ein Sammelergebnis — inklusive dem Beitrag des Bundes — von 200 Millionen Franken zum Ziele hat, mit allen Kräften zu unterstützen. Und deshalb ergeht auch der

ganz besonders eindringliche Ruf an die im V. S. K. organisierte Genossenschaftsbewegung,

einmal die bisherigen, gewiss schon respektabeln Sozialleistungen für das Wohl der Konsumentenschaft grosszügig zu überbieten und eine beträchtliche Summe auf den Opfertisch zu legen.

Schon bevor die Schweizer Spende startete, haben wir ja im Rochdale-Jahr 1944 eine *Sammlung für die kriegsgeschädigten Genossenschaften des Auslandes durchgeführt.* Eine ganze Anzahl Vereine haben pro Kopf ihrer Mitgliedschaft recht bedeutsame Beträge abgeliefert. Andere haben noch zugewartet oder sich zu einem nur bescheidenen Opfer aufgeschwungen. Doch darf sich die bis jetzt erreichte Summe zeigen lassen.

Auch als der Ruf zum tatkräftigen Mithandanlegen im Kampfe gegen den Hunger erging, haben sich die Konsumgenossenschaften unter Aufwendung ganz bedeutender Mittel sofort mit grosser Energie in den Dienst des ganzen Landes gestellt. So dürfen wir auch jetzt wieder erwarten, dass angesichts des Leidens, das Völker, denen wir verbunden sind, getroffen hat, Herzen und Hände liebevoll und freigebig öffnen.

Und damit dies seitens unserer ganzen Bewegung recht eindrücklich und geschlossen geschehe, ist dieser Tage die nötige Organisation geschaffen worden. Am vergangenen Samstag, den 24. Februar, trat in Basel, am Sitz des V. S. K., auf dessen Dach das Emblem der Schweizer Spende im prächtigen Sonnenschein, vom Winde lebhaft bewegt, als Wahrzeichen auch des genossenschaftlichen Helferwillens die bedeutungsvolle Kunde ins genossenschaftliche Land hineintrug, das

«Patronatskomitee zur Förderung der Sammlung zugunsten kriegsgeschädigter Genossenschaften und der Schweizer Spende an das Ausland»

zusammen. Dem Komitee gehören an:

Der Präsident des Verwaltungsrates des V. S. K.,
die Mitglieder der Direktion des V. S. K.,
die Präsidenten der Kreisverbände des V. S. K.,
die Geschäftsleiter der Zweckgenossenschaften,

Vertretungen des KFS,
des Vereins schweiz. Konsumverwalter,
des Genossenschaftspersonals,
der Vereinigung der schweiz. Jugendgruppen,
der Kommission zur Förderung der genossenschaftlichen Studienzirkel in der deutschen Schweiz,
der Commission romande des Cercles d'études.

Der Präsident des Patronatskomitees, Herr *Maire*, Präsident der Direktion des V. S. K., umriss in seinem einführenden Referat Zweck und Ziel der genossenschaftlichen Sammlung und deren Verhältnis zur Schweizer Spende. Besonderen Nachdruck legte der Vorsitzende auf die Notwendigkeit der sehr aktiven Beteiligung *sämtlicher* Genossenschaften an der Sammlung. Aufgabe des Patronatskomitees wird es sein, die wichtigsten mit der Sammlung zusammenhängenden grundsätzlichen Fragen zu besprechen, vor allem die für einen Sammelerfolg notwendigen Massnahmen und in Verbindung mit der Direktion des V. S. K., Vorschläge für die Verwendung der Gelder auszuarbeiten. Es mangelt in den von der Kriegsnot gepackten Ländern sozusagen an allem. Man wird deshalb derart viele Hilfsmöglichkeiten vor sich haben, dass die endgültige Auswahl nicht wenig Schwierigkeiten bereiten wird. In erster Linie wird man die *unmittelbare Not der Kinder und Erwachsenen*, vor allem der *Kranken, Hungernden* und *Frierenden*, zu mildern suchen. Durch den engen Kontakt unserer Bewegung mit den ausländischen Genossenschaften sollten die in dieser Richtung gehenden Hilfsmassnahmen verhältnismässig leicht zu realisieren und nur von der Möglichkeit der Bereitstellung der notwendigen Waren abhängig sein. Als sehr dringend melden sich aber auch für ein geordnetes Leben ebenfalls entscheidende mehr *technische Bedürfnisse* an. Wie soll eine geregelte *Warenvermittlung* durchgeführt werden, wenn es an den notwendigen Einrichtungen, an *Verkaufsläden* und dem ganzen Zubehör fehlt. Die Ueberlassung von einfachen *Verkaufsbaracken* wird in manchem zerschossenen Quartier und Dorf, in mancher Stadt in sehr willkommener Weise manche Schwierigkeit beheben können. Es geht so nicht nur darum, die direkte körperliche Not zu erleichtern, sondern auch — wie das Herr Nationalrat *Huber*, Präsident des V. S. K.-Verwaltungsrates, betonte, indem er auf das bewährte Vorgehen der Patenschaft Co-op hinwies — neue Voraussetzungen für die *Selbsthilfe* zu schaffen.

Glücklicherweise hat unsere Genossenschaftsbewegung — wie Herr Direktor Maire mitteilen konnte — durch eine mit der Leitung der Schweizer Spende getroffene Abmachung das Recht eingeräumt erhalten, bis zu einem Betrag von 500 000 Franken im Rahmen der der Schweizer Spende gestellten umfassenden Aufgaben frei zu verfügen, d. h. den ganzen Betrag für eine *besondere genossenschaftliche Hilfsaktion* zu reservieren. Diese Ausscheidung war um so mehr gegeben, als die im V. S. K. zusammengeschlossenen Genossenschaften schon letztes Jahr mit der grossen internationalen Hilfsaktion begonnen hatten, die dieses Jahr hätte weitergeführt werden sollen, nun jedoch freiwillig in die Schweizer Spende eingebaut wurde. Auch der 500 000 Franken übersteigende Betrag soll im *gemeinsamen Einvernehmen von Schweizer Spende und V. S. K.* Verwendung finden, so dass die schweizerischen Genossenschaften eine weitgehende Mitsprachemöglichkeit bei der endgültigen Indienststellung der von ihnen gesammelten Gelder haben. Der von den Genossenschaften zu erreichende Minimalbetrag sollte

mindestens 1 Million Franken

erreichen. Es darf jedoch erwartet werden, dass die Gebebereitschaft grösser sein wird.

Nichts darf unversucht gelassen werden, um zu diesem Ziele zu kommen. Dass es hiezu nicht an Möglichkeiten fehlt, das zeigte Herr *Engesser*, der als Aktionsleiter fungiert und dabei von einem von Herrn Direktor *Maire* geleiteten *Arbeitsausschuss* aus Mitgliedern des Patronatskomitees unterstützt wird. In verschiedenen Sammelaktionen wird man in der nächsten Zeit an die Zweckgenossenschaften, die Verbandsvereine, die Mitgliedschaft, das Personal, die Behörden gelangen. Es soll dabei — und diese Erkenntnis war auch das Resultat der sehr ausgiebig benutzten *Diskussion* — sowohl an die *kollektive* wie die *individuelle* Hilfe appelliert werden. Ein Druck soll nirgends stattfinden. Doch die Erwartungen halten sich bestimmt in einem vertretbaren Rahmen, wenn Herr *Rudin* vom LVZ, der gleichzeitig eine ganz grosszügige Aktion seiner Genossenschaft in Aussicht stellte, postulierte, dass jede Genossenschaft *pro Mitglied zwei Franken* abliefere und diese entweder aus den Mitteln der Genossenschaft allein oder auch zusammen mit einer Sammlung unter der Mitgliedschaft aufbringe.

Die Mitgliedschaft wird wiederholt Gelegenheit erhalten, mehr oder weniger grosse Beiträge beizusteuern, so vor allem durch eine originelle *Topfkollekte* in allen Läden, sowie anlässlich von Generalversammlungen, der Auszahlung der Rückvergütung usw. *Sonderausgaben der Genossenschaftspresse*, Handzettel, Prospekte, Schaufenster werden die Mittel sein, um immer wieder die Notwendigkeit einer intensiven Beteiligung an der Sammlung in Erinnerung zu rufen und die eigene Mitarbeit wach zu halten.

Niemand sei es benommen, sich ausserhalb der genossenschaftlichen Aktion auch an anderen Sammlungen im Rahmen der Schweizer Spende zu beteiligen. Doch darf angenommen werden, dass — wie das auch der Sinn der Abmachung mit der Leitung der Schweizer Spende ist — sämtliche Verbandsvereine und Zweckgenossenschaften ihren *ganzen* Beitrag auf das Sammelkonto bei der Genossenschaftlichen Zentralbank einzahlen. Weiter werden auch viele Genossenschafter, vor allem diejenigen in verantwortlicher Position, ihre Spende ebenfalls für die genossenschaftliche Aktion reservieren.

Diese kollektiven wie individuellen Mitglieder werden deshalb die weiteren Einzelheiten, die ihnen direkt auf brieflichem Wege oder auch mit der Presse nächstens zukommen werden, noch abwarten und dann mit einem kräftigen Griff in den Geldschrank oder ins Portefeuille viele drei-, vier-, fünf- und sechsstellige Summen zeichnen.

Den Anfang im Rahmen der neuen Aktion hat der V. S. K. schon gemacht. Wie Herr Direktor Maire mitteilen konnte, hat die Direktion des V. S. K. beschlossen, als *erste Spende des V. S. K. selbst 250 000 Franken* zu zeichnen. Mit diesem grosszügigen Beitrag ist der Weg gewiesen, der die ganze Sammlung zum Erfolg führen muss. Mögen die Appelle, die im Laufe dieses Jahres an unsere Genossenschafter und Genossenschafterinnen und an die Genossenschaften gerichtet werden, freudige Aufnahme finden. Und diese Freude wird wachsen mit der Grösse des Opfers.

Der Bericht der Genossenschaftlichen Zentralbank

Auch diesmal wieder weist der Bericht der Genossenschaftlichen Zentralbank über die eigenen Probleme hinaus auf einige bedeutsame Fragen der schweizerischen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Denn die sich aus dem bedenklichen Nachlassen des Imports und Exports, der damit zusammenhängenden ausserordentlichen Reduktion der Lager und ebenso starken Liquidität der einzelnen Betriebe ergebenden Schwierigkeiten wirken sich immer mehr auf die innere Struktur und die Geschäftspolitik der Banken aus. Um so mehr gilt es, die *Nachkriegszeit* ins Auge zu fassen und beizeiten die Massnahmen zu treffen, um die unter Umständen stürmische Rückentwicklung in Bahnen zu lenken, die nicht unerträgliche Erschütterungen weder für die Banken noch die mit ihnen heute mehr denn je verflochtene Gesamtwirtschaft inklusive die Staatsfinanzen haben.

Es ist Weitsicht nötig, wie sie mit der Gründung der Bank und in der Folge beim gesamten Aufbau der heutigen Organisation Dr. Bernhard *Jaeggi* bewiesen hat. Diesem grossen Genossenschafter, der im Berichtsjahr, am 13. April, starb, wird im Bericht noch einmal gedankt. In der Würdigung heisst es u. a.:

Seiner Initiative ist auch die Schaffung unserer Bank entsprungen, die dazu berufen ist, im Rahmen der schweizerischen Konsumvereine und in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften eine wichtige finanzielle Funktion zu erfüllen und hierdurch der Genossenschaftsbewegung die ihr von Herrn Dr. Jaeggi in der ganzen Wirtschaft zugedachte Stellung zu sichern. Herr Dr. Jaeggi hat sich als erster Präsident der Bank mit seiner ganzen Kraft für die Verwirklichung des ihr gesteckten Zieles eingesetzt und mit seiner aufrechten Persönlichkeit dem jungen Institut gerade in seinen entscheidenden Gründungsjahren einen wirksamen Halt gegeben.

Wir danken ihm auch an dieser Stelle für seine befruchtende Tätigkeit und für all das Grosse, das er in seinem arbeitsreichen Leben im Dienste der genossenschaftlichen Idee zum Wohle von Land und Volk geleistet hat. Sein Name wird für immer mit der Geschichte der schweizerischen Genossenschaftsbewegung und unserer Bank im besonderen verbunden bleiben.

Den besonderen Sorgen, die der übergrosse *Zufluss an genossenschaftlichen Geldern* infolge der Unmöglichkeit der Lagerergänzung und die sich daraus ergebende Zinspolitik bereiten, gelten die Erwägungen zu Beginn des Berichts. Es heisst dort (Hervorgehobenes von uns):

«Die bereits im letzten Rechnungsabschluss in Erscheinung getretene beträchtliche Zunahme unserer Bilanzsumme hat sich im abgelaufenen Jahre in geradezu sprunghaftem Tempo fortgesetzt. Die zur Hauptsache auf Sicht- und feste Kreditoren entfallende Steigerung um weitere 28 Millionen Franken ist ein eindrückliches Symptom für die *fortschreitende Aufzehrung der Vorräte bei den Konsumvereinen*, die leider infolge der zurzeit nahezu völligen Abschnürung der so notwendigen Importe immer rascher vorangeschritten ist. Obschon es sich beim Ersatz der Lager durch Bankguthaben um eine mehr oder weniger allgemeine Entwicklung handelt, geht das Ausmass dieser Verschiebungen bei uns doch weit über die bei andern Instituten derselben Grössenordnung feststellbaren Auswirkungen dieser Erscheinung hinaus. Es dokumentiert sich damit einmal mehr die *enge Verflechtung unserer Bank mit den schweizerischen Konsumgenossenschaften*, mit all den Vorzügen und den Nachteilen, die sich aus einer so ausgeprägten Bindung zwischen einem Finanzinstitut und einem affiliierten Sondergebiet ergeben. So viel nämlich das kraftvolle wirtschaftliche Potential der Konsumvereine, ihrer Zentralorganisation und schliesslich der Phalanx der Konsumenten selbst seinerzeit zur Förderung und Stärkung unserer Bank beigetragen hatten, so erfolgt jetzt die unter dem Einfluss der vorerwähnten primären Ursachen entstandene Aufwärtsbewegung der Bilanzssumme nun doch fast zu schnell; denn in diesen Zeitläuften bieten sich *wenig kurzfristige kommerzielle Anlagemöglichkeiten*, und sie machen überdies entsprechend den erhöhten Risiken eine besonders sorgfältige Auswahl notwendig.

Die infolge dieser Zuflüsse enstandene Aufblähung ist aber schon deshalb unerwünscht, weil mit grosser Wahrscheinlichkeit mit ihrer *Rückbildung* zu rechnen ist, sobald mit dem Wegfall der lästigen Fesseln auch die Konsumvereine sich wieder freier betätigen können. Wir bedauern deshalb, dass durch den Zwang der Verhältnisse in unsern bisher so sorgsam gepflegten Aufbau ein etwas unstabiles Element hineingekommen ist, nach dem sich begreiflicherweise heute schon unsere gesamte Anlagepolitik sehr realistisch auszurichten hat.

Die einfachste Lösung wäre natürlich die Zurückweisung dieser Gelder. Ihr stehen indessen gewichtige prinzipielle Argumente im Weg, da wir entsprechend unserer Zweckbestimmung als genossenschaftliche Zentralbank dem uns zur Betreuung überwiesenen Wirtschaftssektor unsere Dienste nicht nur in den für uns interessanten Situationen zur Verfügung stellen dürfen, sondern die uns zugedachte Funktion als finanzielle Zentralstelle auch dann zu erfüllen haben, wenn sie geschäftlich weniger verlockend erscheint. Wie wir darum dem V. S. K., seinen Eigenbetrieben und den schweizerischen Konsumvereinen überhaupt vor und während des Krieges mit hohen Krediten zur Seite standen und ihnen dadurch ihre grosszügige und vorbildliche Vorratshaltung ermöglichten, so müssen wir nun auch in der umgekehrten Entwicklung dafür sorgen, dass die finanziellen Auswirkungen des derzeitigen Rückbildungsprozesses im Rahmen unserer Lenkung liegen.

Wir verfolgen ein doppeltes Ziel: Es sollen erstens diese sozusagen ausschliesslich aus unserer Interessensphäre stammenden Gelder der *genossenschaftlichen Bewegung erhalten* bleiben, um später wiederum unverzüglich für neue Aufgaben eingesetzt werden zu können, und es muss darum zweitens verhindert werden, dass diese freigewordenen Mittel unter Umständen aus blossen Ertragsrücksichten zu Investitionen Verwendung finden, die ihrem Charakter nicht entsprechen oder gar zur Immobilisation führen. Die gesunde finanzielle Struktur der schweizerischen Konsumvereinsbewegung hat vernünftigerweise nicht erst beim V. S. K., sondern schon bei den ein-

zelnen Konsumvereinen selbst zu beginnen. Je liquider und stärker diese sind, und je kompakter ihre finanzielle Potenz zusammengehalten wird, desto wirkungsvoller ist auch ihre wirtschaftliche Durchschlagskraft.»

«Von entscheidendem Einfluss bei der richtigen Lösung dieser für uns besonders aktuellen Frage (Liquiditätsvorsorge; die Red.) ist natürlich die *Zinspolitik*. Sie muss zumal auf der Passivseite ganz auf dieses Ziel abgestimmt sein, damit eine Anlage möglich ist, die nicht nur Sicherheit, sondern auch innere Flüssigkeit gewährleistet, die aber darum naturgemäss weniger Ertrag abwirft. Die Beachtung dieses Grundsatzes ist für uns von ausschlaggebender Wichtigkeit. Infolgedessen darf man in unsern Kreisen nicht vergessen, welch verhängnisvolle Folgen sich aus einer unrichtigen Verwendung der — aus dem in Gang befindlichen Abbau der Lager — zurückfliessenden Gelder mit der Zeit zwangsläufig ergeben müssten, und welch enge Grenzen dadurch gerade für uns jedem Entgegenkommen in Zinsfragen gestellt sind.

Die Zinspolitik unseres Institutes darf daher nur unter diesem Gesichtswinkel betrachtet werden. Unsere Bank lässt sich nicht von übertriebenem Erwerbssinn, sondern ausschliesslich von der Erkenntnis ihrer Aufgabe, der Zusammenhänge und der Verantwortung gegenüber dem angeschlossenen Wirtschaftsgebiete leiten.»

Die Konsequenzen aus dem Dilemma zwischen dem überreichlichen Zufluss an neuen Mitteln, der sicheren Anlage und dem Streben nach einer diesen Verhältnissen und dem Interesse der Einleger angepassten Zinspolitik suchte die Bank durch eine sehr starke Beteiligung an der Finanzierung des Bundes, durch die Erhöhung des Wechselporteieuilles und der Wertschriftenanlage zu meistern; eine ganz besonders erfreuliche Entwicklung zeigt sich in der weiterhin initiativen Beteiligung an der *Finanzierung des genossenschaftlichen Bauens und Wohnens*. Dem Jahresbericht ist hiezu zu entnehmen:

«Ihrer Zweckbestimmung gemäss sind von unserer Bank auch im vergangenen Jahre neuerdings beträchtliche Mittel zur Förderung des Wohnungsbaues eingesetzt worden. Dank dieser Finanzierung mit Baukrediten und später hauptsächlich I. Hypotheken konnte die *Erstellung von total 724 Wohnungen* ermöglicht werden, wobei wir verschiedentlich befreundete Institute zur Mitwirkung an Konsortialgeschäften bereit gefunden haben. Gemessen an der letztjährigen Produktion von rund 6000 Wohnungen in den grösseren Ortschaften, stellt diese Zahl zweifellos einen bemerkenswerten Anteil dar. Selbstverständlich übersehen auch wir die mit der Finanzierung des Wohnungsbaues derzeit verbundenen mannigfachen Umtriebe und erhöhten Risiken nicht. Wenn dagegen alle in diesem Sektor tätigen Geldgeber nach dem billigen Rezept der besonders Vorsichtigen mit Rücksicht auf die teilweise Verwendung von Ersatzmaterialien bis zur Rückkehr normaler Zustände sich prinzipiell von diesen Geschäften ferngehalten hätten, wäre am Wohnungsmarkt bestimmt schon lange eine höchst prekäre Situation entstanden, die folgerichtig zum eigentlichen kommunalen Wohnungsbau geführt hätte. Dass ein solcher Mangel an privater Initiative und an Verantwortungsgefühl gegenüber lebenswichtigen Bedürfnissen der einfachen Bevölkerung der These von der Leistungsfähigkeit der freien und der genossenschaftlichen Wirtschaft keinen Auftrieb gegeben hätte, bedarf wohl keiner Erörterung!

Daraus ergibt sich zwingend, dass hier nicht ein vorsichtiges Abwarten — der Krieg dauert nun ja schon 5½ Jahre! —, sondern nur ein mutiger Einsatz zur Lösung dieser wirtschaftlich und sozial gleich bedeutungsvollen Frage in Betracht kommen konnte. Es verdient hervorgehoben zu werden, dass sich der genossenschaftliche Wohnungsbau seiner Aufgabe gewachsen zeigte und — trotz aller Materialschwierigkeiten und trotz der hierdurch entstandenen, auch von uns vollauf gewürdigten Bedenken — in Zusammenarbeit mit dem Staat und verständnisvollen Geldgebern sich einmal mehr initiativ für die Beschaffung der fehlenden Wohnungen eingesetzt hat.

Im weitern ist festzustellen, dass dank der respektablen behördlichen Unterstützung mit Subventionsbeiträgen und der Uebernahme oder Sicherstellung nachgehender Hypotheken eine durchaus einwandfreie Finanzierungsbasis geschaffen wurde, die vielerorts sogar beträchtlich solider ist als manche Vorkriegsfinanzierung. Das ist zusammen mit einer richtig verstandenen, auf einen sorgfältigen Unterhalt und Schuldenabbau ausgerichteten Mietzinspolitik eine wesentliche Gewähr dafür, dass die heutige Bautätigkeit nicht notgedrungen zu einer Krise oder gar zu einer Gefährdung der Hypotheken führen muss. Die Schlüsselstellung für die Werterhaltung des neuen wie des alten Hypothekarbestandes liegt ja auch nicht im baulichen Zustand allein — der hier wie dort als annehmbar vorauszusetzen ist —, sondern nach wie vor im Einkommensstandard der Massen, der von massgeblichem Einfluss auf die Aufbringung des Miet- und damit auch des Hypothekarzinses ist.»

Die allgemein volkswirtschaftlichen Ueberlegungen und Vorschläge der Bankleitung gelten den *Deckungsgrundsätzen unserer Notenbank* und der *Erhaltung eines möglichst stabilen Zinsfusses*.

«In Wirklichkeit hat die innere Konstellation des Marktes eine fundamentale Veränderung erfahren, indem drei völlig neue Aspekte hinzugekommen sind, die das ganze Bild mit einem Schlage radikal ändern könnten. Es sind dies: erstens die gewaltigen, in der Wirtschaft freigewordenen Beträge, die — nach dem Beispiel der Konsumvereine — nur auf den geeigneten Zeitpunkt warten, um wiederum eine stärkere Betätigung zu finden; zweitens die enorme Zunahme der in Umlauf gesetzten Staatsobligationen, welche zurzeit mit schätzungsweise über fünf Milliarden mehr als das Dreifache des Vorkriegsbetrages ausmachen und — hiemit zusammenhängend — drittens die allein in den Bankbilanzen feststellbare ausserordentliche Vermehrung der Wertschriftenbestände um rund 1,5 Milliarden. Ihre frühere oder spätere Rückbildung ist schon deshalb keineswegs ausgeschlossen, weil eines Tages die Wiederbelebung der privaten Wirtschaft, insonderheit der Exportwirtschaft, die Banken vor die Notwendigkeit stellen kann, im eminenten Interesse unseres Landes erhebliche Beträge flüssig zu machen.

Es erhebt sich die Frage, welches Gegengewicht die Schweiz bei einer Störung des heutigen Gleichgewichtes des Geld- und Kapitalmarktes einer konzentrierten Belastung entgegenzustellen hätte. Da kommt man leider um die Feststellung nicht herum, dass vorerst noch erstaunlich geringe Möglichkeiten

und Mittel zur Verfügung stehen. Die Diskontpolitik der Notenbank hat ihren Einfluss auf den Geldmarkt bekanntlich schon lange sozusagen völlig verloren, und es ist nicht anzunehmen, dass sie in der Nachkriegszeit ihre einstmalige Bedeutung als Marktregulator wiedererlangen wird. Weit wirkungsvoller als sie hat sich in dieser Beziehung die sog. *Offenmarktpolitik* erwiesen, wie sie von der Bank of England, den amerikanischen Federal Reserve Banken und nahezu allen Zentralbanken des Auslandes praktiziert wird. Ist die damit angestrebte Beeinflussung der Konjunkturkurve bisher auch nicht sehr überzeugend ausgefallen — der Kredit ist im Wirtschaftsleben ja auch nicht die allein ausschlaggebende Komponente —, so ist diese Politik des offenen Marktes doch jedenfalls in bezug auf den Zins und damit in bezug auf die Stabilhaltung des Kurses der Staatsanleihen nicht wirkungslos geblieben.

Obschon noch lange nicht alles, was im Ausland seine wirtschaftliche Bewährung gefunden hat, ohne weiteres mit demselben Erfolg auf unsere Verhältnisse übertragbar ist, so muss man doch im Hinblick auf die auch bei uns nunmehr eingetretene Ueberflutung des Marktes mit Staatstiteln ernsthaft überlegen, ob nicht der Zeitpunkt für eine vermehrte Pflege des Marktes durch die Notenbank gekommen ist. Obschon ein Zwang zur Intervention zurzeit auch noch nicht besteht, so scheint es jedenfalls angezeigt zu sein, wenigstens unverzüglich die rechtlichen und sachlichen Grundlagen für die Möglichkeit einer Einflussnahme der Notenbank bei künftigen übermässigen Schwankungen des Obligationenmarktes zu prüfen und präservativ sicherzustellen. Es ist klar, dass die Heranziehung der Nationalbank zu einer solchen Aufgabe erheblich über den Rahmen der bisher praktizierten Notenbankpolitik hinausgeht. Insbesondere würde die *Verwendung der kurzfristigen Noten- und Giroschulden zu vielleicht recht langfristigen Wertschriftenanlagen und ihre etwaige Einbeziehung in die Notendeckung* eine völlige Abkehr von den gegenwärtigen Deckungsgrundsätzen bedeuten, die freilich ohnehin mehr rechtlich und psychologisch, als sachlich von Wichtigkeit sind. Man kann sich ernsthaft fragen, ob angesichts der riesigen Anforderungen an den Staat seine u. a. auch zum Schutze des Staatskredites hereingenommenen *verzinslichen Obligationen* — selbstverständlich *immer in angemessener Relation zur übrigen Deckungsunterlage* — nicht ebensogut und mit derselben Berechtigung in diese Deckung einbezogen werden könnten, wie zum Beispiel sterile Goldbestände, über deren Schicksal heute mancherlei Unsicherheit besteht, und die jedenfalls in keiner Weise verfügbar sind.»

«Wesentlich bleibt, dass nach dem Prinzip einer zielbewussten Wirtschaftsplanung *rechtzeitig* die erforderlichen Vorkehrungen getroffen werden, damit man, sobald der Zeitpunkt zum Handeln gekommen ist, mit der ganzen Kraft wohlüberlegter Mittel intervenieren kann und nicht zur Improvisation gezwungen wird. Das ist die erste Voraussetzung des Erfolges. Ja, wir möchten sagen: die rechtzeitige Bereitstellung der Mittel wird vielleicht oder sogar wahrscheinlich ihren Einsatz weitgehend überflüssig machen; denn der Markt in seiner bekannten Feinfühligkeit wird bereits im Bewusstsein, dass das Damoklesschwert der Intervention vorhanden ist, selbst nach bester Kraft jedes Uebermass der Schwankungen auszuschalten trachten.»

«Es sei unterstrichen: Es geht nicht darum, den Titelinhabern das Kursrisiko abzunehmen oder über den Zins einseitig Konjunkturpolitik zu treiben, sondern es handelt sich heute um die Frage, ob man den Willen zur Verwirklichung der für den Staat notwendigen und von verschiedenen Wirtschaftsgruppen — zu Recht oder zu Unrecht, bleibe dahingestellt — geforderten Politik des niedrigen oder doch *möglichst stabilen Zinsfusses* aufbringt oder nicht. Das Interesse des privaten Bankgewerbes an der Offenmarktpolitik ist natürlich zwiespältig; einerseits ist im Hinblick auf die grossen Wertschriftenbestände ein stabiles Kursniveau auch für die Banken von Vorteil, während anderseits durch den Wegfall von Kursschwankungen auch die Gewinnmöglichkeiten verringert werden. Aber es ist trotzdem zu wünschen, dass sich, ungeachtet der natürlichen Interessenunterschiede in bezug auf den Zins, auch die Banken und Versicherungen in eine nach diesen allgemeinen Zielen ausgerichtete Politik einreihen lassen. Denn die bestgemeinten Massnahmen der Notenbank oder des Bundes sind zum Scheitern verurteilt, wenn sie nicht vom Verständnis und dem gleichen Willen der gesamten Wirtschaft getragen werden.

Jede anhaltende radikale Senkung der Kurse unserer Staatspapiere müsste zwangsläufig das gesamte Renditenniveau in Mitleidenschaft ziehen und unter Umständen auch auf den Staatskredit selber nicht ohne schädlichen Einfluss bleiben. Da der grösste Nutzniesser des billigen Zinsfusses der Bund mit seiner Milliardenverschuldung ist, hat diese Frage für ihn einen besondern materiellen Hintergrund erhalten. Das sollte für die massgeblichen Instanzen ein Grund mehr sein, nicht nur der Marktgestaltung ihr ganzes Interesse zu schenken, sondern so bald wie möglich eine sinngemässe Revision des Nationalbankgesetzes an Hand zu nehmen.»

Ueber das *Jahresresultat* und die Entwicklung der wichtigsten *Bilanzposten* orientieren folgende Zahlen:

Der Umsatz ist mit 1802 Millionen gegenüber dem Vorjahre um *22* Millionen Franken niedriger. Die Hypothekarzinsen sind erneut sehr pünktlich eingegangen, wie aus dem geringen Ausstand von Fr. *3200.*— hervorgeht.

Der *Ueberschuss* stellt sich inklusive Vortrag vom Vorjahre im Betrage von Fr. *204 200.*— auf *Fr. 956 000.*—, für dessen Verwendung folgende Vorschläge unterbreitet werden:

Verzinsung der Anteilscheine zu 4 %	Fr.	499 400.—
Einlage in den Reservefonds	»	250 000.—
Vortrag auf neue Rechnung	»	206 700.—

Bei den *Hypotheken* vollzog sich folgende Bewegung:

Bestand am 31. Dezember 1943	62 361 000.—
Eingänge pro 1944	5 651 700.—
	68 012 700.—
Ausgänge pro 1944	3 463 300.—
Bestand am 31. Dezember 1944	64 549 400—

Vorstehender Betrag setzt sich aus rein schweizerischen Hypotheken zusammen, und zwar:

Fr. 61 864 200.— = 95.85 % Hypotheken im I. Rang bis maximal ⅔ der Schatzung;

Fr. 2 685 300.— = 4,15 % Hypotheken im II. Rang mit Bürgschaften oder anderer subsidiärer Deckung.

Auf die Schuldner verteilt, die in 21 Kantonen zuhause sind, ergibt sich folgendes Bild:

Fr. 40 102 400.—	Hypotheken an gemeinwirtschaftliche Unternehmungen, Baugenossenschaften, Konsumvereine usw.
Fr. 24 447 000.—	Hypotheken an Private und Privatfirmen.
Zunahme pro 1944	2 188 400.—

Die *Entwicklung* und *Zusammensetzung des Anteilscheinkapitals* gestaltet sich wie folgt:

Bestand am 31. Dezember 1943	12 471 000.—
Neuzeichnungen pro 1944	36 000.—
	12 507 000.—
Rückzahlungen pro 1944	4 000.—
Total einbezahltes Kapital am 31. Dezember 1944	12 503 000.—

Mitglieder gemäss § 8 I der Statuten:

a) Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.) Basel und ihm angeschlossene Vereinigungen	9 132 000.—
b) Schweizerischer Gewerkschaftsbund Bern und ihm angeschlossene Organisationen	2 261 000.—
c) Andere Gesellschaften und Vereinigungen	161 000.—
Mitglieder gemäss § 8 II der Statuten	949 000.—
Total einbezahlte Anteilscheine	12 503 000.—
Zunahme pro 1944: Fr. 32 000.—	

Mitgliederzahl am 31 Dezember 1943	588
Mitgliederzahl am 31. Dezember 1944	590
Zunahme pro 1944	2

Aus der *Bilanz* mit einer Gesamtsumme von Fr. 185 953 200.— seien folgende Posten hervorgehoben:

AKTIVEN	1944	1943
Kassa, Giro- u. Postcheckguthaben	7 526 800.—	11 822 800.—
Bankendebitoren auf Sicht	4 364 100.—	3 273 600.—
Andere Bankendebitoren	2 505 400.—	944 900.—
Wechsel	12 205 800.—	6 807 500.—
Kontokorrentdebitoren mit Deckung	21 722 500.—	15 746 100.—
Feste Vorschüsse und Darlehen mit Deckung	7 827 800.—	7 882 100.—
Kontokorrentvorschüsse und Darlehen an öffentliche Körperschaften	2 402 400.—	2 527 500.—
Hypothekaranlagen	64 549 400.—	62 361 000.—
Wertschriften und dauernde Beteiligungen	60 279 600.—	45 853 900.—
Sonstige Aktiven	1 332 500.—	308 600.—
PASSIVEN		
Bankenkreditoren auf Sicht	3 803 900.—	1 000 800.—
Checkrechnungen und Kreditoren auf Sicht	45 167 600.—	30 694 200.—
Kreditoren auf Zeit	18 176 700.—	12 943 900.—
Depositenhefte	75 165 900.—	71 291 900.—
Kassenobligationen	26 402 000.—	25 566 800.—
Anteilscheinkapital	12 503 000.—	12 471 000.—
Reserven	2 800 000.—	2 550 000.—

So präsentiert sich der Bericht unserer Bank mit Zahlen und Aussichten, die trotz der Ungewissheit der Zukunft mit Vertrauen erfüllen. Grosse Aufgaben stehen noch bevor. *Verband, Verbandsvereine und Bank* — auf diesen drei Säulen ruht eine grosse Idee, die je und je Fundament und den weiteren Bau durchdringen muss, womit die entscheidende Voraussetzung für die Fortsetzung der so hoffnungsvoll begonnenen, vielversprechenden Entwicklung geschaffen ist.

5 Jahre Rationierung von Lebensmitteln in Europa (Schluss)

Mahlzeiten in Restaurants.

Diese Art der Verpflegung gehört im Grunde auch zu den differenzierten Zuteilungen. Denn in der Regel wird der Gast im Restaurant durchschnittlich besser verpflegt als der Verbraucher im Haushalt, der auf eigene Zuteilungen angewiesen ist; und je teurer das Lokal ist, um so besser. Diesem Übelstand wird etwas abgeholfen, wenn für Mahlzeiten die Abgabe von Lebensmittelcoupons obligatorisch ist. Die schweizerische Lösung mit einheitlichen Mahlzeitencoupons ist besonders elegant und zweckmässig und — einmalig. In andern Ländern muss man für Konsumationen mit rationiertem Inhalt ein ganzes Sortiment von Marken der fraglichen Waren abgeben (zum Beispiel 50 g Brot + 10 g Fett + 50 g Fleisch usw.). Grossbritannien ist auch hier andere Wege gegangen: Alle Mahlzeiten in Restaurants sind couponfrei. Aber man beschränkte sich nicht auf die formale Gleichheit (nach dem Motto: «es steht dem Arbeiter durchaus frei, im Luxuslokal zu essen»), sondern gründete Tausende sogenannter «British Restaurants», die in der Zuteilung von Lebensmitteln bevorzugt werden und zu unwahrscheinlich niedrigem Preis ein sogar nach britischen Masstäben vorzügliches und reichhaltiges Essen abgeben — und das alles, ohne dass ihnen irgendwie der «Geruch von Wohltätigkeit» im üblen Sinne anhaftet.

Gliederung der Verbraucher.

Ausgehend vom Normalverbraucher wurde die Vielfalt der abgestuften Zuteilung besprochen. Wie sieht diese Gruppierung in der Wirklichkeit aus? Wie gross ist der Anteil der einzelnen Konsumentenkategorien im Rahmen der abgestuften Rationierung? An markanten Beispielen aus wichtigen Ländern soll versucht werden, soweit Angaben heute bekannt geworden sind, hierüber eine greifbare Vorstellung zu vermitteln.

Wichtigste Verbrauchergruppen nach dem Alter in Jahren in:

Deutschland	Holland	Frankreich	Finnland
0—3	0—1	0—3	0—$^1/_2$
3—6	2—3	3—6	2—16
6—14	4—13	6—13	0—2
6—10	14—20	13—21	2—16
10—20		70 und mehr	0—3
14—18			3—9
			9—12
			12—16
			0—18
			16 und mehr

Wichtigste Verbrauchergruppen nach der Arbeit in:

Deutschland	Holland	Frankreich	Finnland
Schwerarbeit	Schwerarbeit	Schwerarbeit	Schwerarbeit
Schwerstarbeit	Schwerstarbeit	1. Kategorie Schwerstarbeit 2. Kategorie	Schwerstarbeit
Lang- und Nachtarbeit	Langdauernde Arbeit	Bauern	Besonders schwere Arbeit
Ausländische Zivilarbeiter			Selbstversorger

Einige der Altersgruppen überschneiden sich, denn die Abstufung wechselt manchmal im gleichen Land auch nach Waren. Doch diese Übersicht ist noch nicht einmal vollständig. So gibt es in Deutschland weitere sechs Gruppen von Selbstversorgern, differenziert nach Alter sowie Charakter ihrer landwirtschaftlichen Produktion. Im übrigen werden in der *Schweiz* ausser Kindern bekanntlich unter anderem auch Schwerarbeiter mit Zusatzlebensmittelkarten begünstigt, und nicht zuletzt wird der landwirtschaftlichen Bevölkerung, wie auch anderswo, ein erhöhter Anteil an den Früchten ihrer schweren Arbeit zugebilligt. Denn: «Du sollst dem Ochsen, der da drischet, nicht das Maul verbinden» (1 Tim., 5, 18).

So gross die Zahl der angeführten Verbrauchergruppen auch scheinen mag, so steht in dieser Hinsicht trotz relativ glänzendem Ernährungsstand *Schweden* weit an der Spitze: Mehr als drei Dutzend Varianten gewährleisten, dass jeder über den passenden Leisten geschlagen wird.

Die Grössenordnungen dieser verschiedenen Verbraucherkategorien sind meist unbekannt. Man wird erst später erfahren, wieviel Prozent der Bevölkerung Normalverbraucher, wieviele Schwerarbeiter, Kinder usw. waren. Nur einige Bruchstücke können festgestellt werden. So wurde in *Deutschland* seinerzeit ein interessanter Wert genannt: Rund 40 % aller deutschen Konsumenten gelten als Normalverbraucher. Für *Belgien* konnten wir lediglich berechnen, dass etwa 17 % auf Kinder unter 14 und etwa 6 % auf Greise über 70 Jahre entfallen. Die Gruppenanteile in *Frankreich* für 1941 sind als einzige publik; doch wurde die Einteilung in Kategorien seither modifiziert. Damals entfielen auf:

Kinder bis zu 3 Jahren	4,5 %
Kinder von 4—5 Jahren	5,0 %
Kinder von 6—11 Jahren	9,8 %
Normalverbraucher von 12—70 . .	35,5 %
Schwerarbeiter	20,4 %
Landwirtschaftliche Bevölkerung .	20,3 %
Greise über 70 Jahre	4,5 %
	100,0 %

Doch bedeutsamer als schöne Unterteilungen sind die Mengen, die die Verbraucher erhalten. Welche Rationen werden in den wichtigsten europäischen Ländern ausgegeben? Darüber bestehen vielfach irrige Vorstellungen. Aber es besteht noch mehr eine weitverbreitete Unkenntnis. Das ist angesichts der jetzigen Verhältnisse nicht verwunderlich. Unternimmt man es nun, die gesammelten bekannten Angaben zu ordnen, so ergeben sich erneut Schwierigkeiten: Sie entstehen beim Versuch, die Mengen der Rationen in einer übersichtlichen Weise so zusammenzustellen und zu gruppieren, dass nur vergleichbare Dinge verglichen werden. Es unterliegt keinem Zweifel, dass man am besten jedes Land gesondert für sich abhandeln sollte, und zwar unter Schilderung der allgemeinen Ernährungslage, als orientierendem Hintergrund, um ein möglichst getreues und unverzerrtes Bild zu erlangen. Wir haben darüber laufend in der genossenschaftlichen Presse in Form von Kurzmonographien berichtet. Immerhin würden solche monographische Länderberichte den hier gebotenen Raum weit überschreiten. Anderseits gestatten zusammenfassende vergleichende Übersichten, sogenannte synoptische Tabellen, eine rasche Orientierung. Man sieht dann mit einem Blick, wie hoch zum Beispiel die Zuckerration oder die Fleischration oder eine andere in England, Frankreich, Belgien usw. ist. Man muss sich dabei bewusst bleiben, dass die blosse Ziffer, wie sie ist, noch nicht zur umfassenden Information genügt. Gibt es neben der laufenden Zuckerzuteilung noch Einmachzucker? (Stellt man auch den Einmachzucker in Rechnung, so verdoppelt sich fast die Zuckerration im Falle der Schweiz!) Sind Konfitüre, Honig und anderes mehr nur gegen Zuckercoupons erhältlich, oder gibt es, wenigstens zeitweise, besondere Konfitürerationen? Berücksichtigt man diesen Umstand, so reduziert sich zum Beispiel die an sich recht hohe schwedische Zuckerration, da man für Konfitüre Zuckercoupons abgeben muss und statt 100 g Zucker zum Beispiel nur 125 g Kunsthonig (in der Schweiz 200 g!) erhält. Und gibt es schliesslich weitere Waren als Träger von Zucker? Es leuchtet ein, dass dem schweizerischen Verbraucher mit seinen 200 Punkten Schokolade und Konfiserie — Normalverbraucher in den meisten anderen europäischen Ländern müssen darauf verzichten — praktisch eine weitere Zuckermenge gegeben wird, wenn auch in verarbeiteter Form. Solche Überlegungen müssen im Grunde bei jeder Ration angestellt werden. Es genüge, sie an diesem einen Beispiel verdeutlicht und allgemein darauf hingewiesen zu haben. Der kritische Leser mag die Reihe verlängern und auf die andern Waren übertragen.

Ferner kann man nicht alle Varianten der nationalen Lebensmittelkarten bringen, will man sich nicht zu sehr in den Details verlieren. Die bestehenden Wahl- und Tauschmöglichkeiten müssen dabei wohl oder übel unberücksichtigt bleiben. Schliesslich ist man gezwungen, Gruppen zu bilden. Dabei werden zusammengehörige Lebensmittel, das heisst Produkte des gleichen Ausgangsstoffes, zusammengefasst und auf einen einheitlichen Nenner umgerechnet (etwa Brot und Mehl, wobei Mehl in Brot auf Basis 75 g Mehl = 100 g Brot ausgedrückt wird); oder es wird gesamthaft angegeben: «Fette», ohne dass man noch sehen könnte, was davon Butter, was Öl usw. war. Nun, das ist für den betroffenen Verbraucher recht wichtig, jedoch bei einem globalen Vergleich, wie wir ihn hier vornehmen wollen, fällt es nicht zu sehr ins Gewicht. Des weiteren müssen die ursprünglichen Rationen von den wechselnden Perioden auf einen einheitlichen Zeitraum (zum Beispiel eine Woche) umgerechnet werden. Und schliesslich muss man dabei seine Ansprüche hinsichtlich Aktualität herabsetzen. Denn naturgemäss muss man einen gemeinsamen Stichtag wählen, soll der Vergleich Hand und Fuss haben. Hier hat man sich eben weitgehend nach dem «schwächsten Glied der Kette» zu richten, in diesem Falle dem ältesten Datum der Sammlung. Wir müssen daher davon absehen, die uns bekannten neueren Angaben einzusetzen.

Nun will es ein erfreuliches Zusammentreffen, dass uns, bei Abschluss dieses Berichtes, eine ungemein wertvolle vergleichende Studie über die Rationierung von Lebensmitteln erreicht. Es ist dies eine im Frühjahr 1944 veröffentlichte Arbeit der zurzeit an der Universität Princeton in den USA. domizilierten Abteilung des volkswirtschaftlichen Departements des Völkerbundes («Food Rationing and Supply 1943/44»). Diese Schrift enthält unter anderem eine solche vergleichende Übersicht der Lebensmittelrationen, wie sie vorhin beschrieben wurde. Sie umfasst den Stand vom Spätherbst 1943, einheitlich umgerechnet auf die Woche (1 Monat = 4,3 Wochen) und auf vergleichbare Warengruppen. Aus

dieser Tabelle wählen wir die wichtigeren Länder und beschränken uns zudem auf den *«Normalverbraucher»*. Wir haben uns dabei bemüht, die einheitliche und geschlossene Darstellung der Völkerbundstudie in ihrem Charakter unverändert zu lassen und beizubehalten: immerhin liessen sich einige wenige kleinere Berichtigungen nicht umgehen. Unbeschadet der einen oder anderen Aussetzung soll hier dieser Auszug als Ganzes folgen:

Sie vermitteln dennoch eine Gesamtvorstellung vom Niveau der Rationierung und Ernährung in den einzelnen europäischen Ländern, die im grossen und ganzen bei Abschluss dieses Berichts, nach fünf Jahren Rationierung, gültig war. Denn die Grössenordnungen der Zuteilungen sind an sich schon bemerkenswert, und zudem sind die seither eingetretenen Änderungen meist nicht sehr bedeutsam, ausser in Deutschland, wo u. a. die Kartoffelration von 3½ auf

Die Lebensmittelrationen in den wichtigsten europäischen Ländern, Spätherbst 1943 (pro Normalverbraucher und pro Woche in Gramm)

Länder	Brot, Mehl (Basis Brot 130 g = 100 g Mehl)	Übrige Getreideprodukte	Kartoffeln	Zucker	Konfitüren	Fleisch, Fleischwaren inkl. Knochen	Speisefette	Vollmilch dl	Magermilch dl	Käse	Eier, Stück	Kaffee-ersatz
Grossbritannien	***	***	***	225[8]	230	1 s 2 d[1]	225	12	.	85	½–1¼[2]	55[3]
(Nord)-Italien	1400	500	250	125	—	30-80[4]	75	2	.	100	lokal	—
Deutschland	2425	150	3500	225[10]	175	250	185	—	11	60	½	60
Belgien	2100	60	3500	230	140	140[6]	105	—	—	50	—	25
Bulgarien	3865	100	***	375	***	400	200	—	lokal	75	***	5
CSR: Böhmen	2425	150	2500	250[9]	205	200	175	—	4	16[12]	1	75
Slowakei	1670	.	3000	175-230[4]	***	200	60	7	.	***	1	—
Dänemark	2350	310	***	300	***	***	300	***	***	***	***	—
Finnland	2275	60	3750	120[14]	125	195	125	21	.	—[15]	—	60
Frankreich	2100	55	900	130	lokal	120	50-70[4]	—	—	50	¼	35
Ungarn	2660	.	2000	70-260[16]	***	250	140	—	—	***	1	lokal
Baltikum	2000	150	2000	150	lokal	250	180	—	—	lokal	lokal	80
Holland	1890	150	3000	250	125	125	145	—	19	50	1/52[18]	30
Norwegen	1820	60	3000	200[19]	70	50[5]	210	—	7½	45	—	—
Polen[13]	2250	50	2000	75	125	100	—	lokal	lokal	—	—	30
Jugoslawien: Kroatien .	1375	115	2000	75	.	250	110	—	—	100	1	.
Schweden	1515	300	***	425	[7]	500	—	***	***	50	1	60[11]
Schweiz (A-Karte) . . .	1755	80	***	115[21]	60	420	105	29	.	95	½[17]	60[11]

Bemerkungen:

— keine Zuteilung.

*** frei.

[1] zirka 500—700 g pro Woche je nach Sorte; dazu 115 g Schinken und Speck pro Woche.

[2] dazu Trockeneipulver entsprechend 1½ Eiern.

[3] Tee; Kaffee ist frei.

[4] Land-Stadt.

[5] dazu 500 g Fischkonserven.

[6] dazu 25 g Wurst.

[7] je 140 g statt 100 g Zucker.

[8] dazu Einmachzucker 450 g Juli 1943.

[9] dazu Einmachzucker 1000 g Mai/Juni 1943; dazu Süsswaren 50 g Mai/Juni 1943.

[10] dazu Einmachzucker 1000 g Mai 1943.

[11] Kaffee.

[12] Mai.

[13] Deutsche in Polen erhalten die Rationen wie in Deutschland; Juden in Polen halbe Brot- und Zuckerration, kein Fleisch, Fett, keine Milch.

[14] Bezieher von Tabak 60 g weniger.

[15] wahlweise doppelte Menge Käse statt Fett.

[16] Land-Budapest.

[17] dazu 50 g Trockeneipulver = 4 Eier.

[18] 1943 einmal 1 Ei.

[19] 1 kg Einmachzucker im August 1943.

[20] dazu 500 g Fischkonserven.

[21] dazu im Jahresdurchschnitt pro Woche 95 g Einmachzucker.

Wie sehr eine solche zusammenfassende Gruppierung und Umstellung die «Gestalt» einer gegebenen Ration äusserlich verändert, kann der Leser besonders klar an der Kolonne sehen, die den Inhalt der schweizerischen Lebensmittelkarte resümiert und summarisch zusammenfasst. Doch ist es nur das «äussere Gewand» — der «Inhalt» ist gleich geblieben... Die Zahlen mögen aber für sich sprechen.

Kein Kommentar soll dem Leser die eingehende Betrachtung abnehmen. Die Angaben sind recht interessant, auch wenn sie, nach Lage der Dinge, einige Ungenauigkeiten enthalten. Dass sie sich teilweise auf einen bereits ein Jahr zurückliegenden Stand beziehen, kann ihren Wert nicht wesentlich mindern.

2½ Kilo, die Brotration um 200 Gramm in der Woche gekürzt, die Eierzuteilung ganz eingestellt, und soeben ausserdem die ganze Ration um 1/9 reduziert wurden. Anderseits sind in den letzten Monaten und Wochen, wie vorher schon Italien, einige der angeführten Länder teilweise oder bereits ganz von der deutschen Besetzung befreit worden, so dass dementsprechend die Ernährungslage sich, soweit es noch nicht geschehen ist, bald wesentlich verbessern dürfte. Unter diesen Umständen veranschaulichen die in dieser Tabelle zusammengestellten Angaben den Stand der Rationierung *nach* dem Ablauf des vierten Kriegsjahres, zu Beginn des letzten Aktes dieses Krieges.

J. Rosen

Scharfe Kritik an der Ordnung auf dem Obstmarkt

** Bekanntlich zählt der V. S. K. zu den Mitgründern der Obstkühlhaus AG. Langenthal, der ersten ihrer Art, welche ihr imposantes und schmuckes Gebäude im Herbst 1940 fertigstellte und bezogen hat. In der Folge entstanden weitere Obstkühlhäuser, so in St. Margrethen und Charrat, an welchen sich der V. S. K. ebenfalls finanziell beteiligte und die entsprechenden Räume mietete. Das Obstkühlhaus Langenthal, von dem hier die Rede sein soll, hat sich durchaus bewährt und den ihm zugedachten Zweck erfüllt. So konnten die Lagerräume stets voll ausgenützt werden. Da sich inzwischen sogar das Bedürfnis für die Schaffung weiterer Räumlichkeiten geltend machte, beschloss die letzte Generalversammlung die Erstellung eines Erweiterungsbaues, welcher eine Verdoppelung des verfügbaren Lagerraumes bringen wird. An dieser Versammlung behandelte der Gründer und initiative Präsident des Verwaltungsrates der Obstkühlhaus AG. Langenthal, Herr Peter Geiser, in seinem Jahresbericht 1944 auch einige die gesamte Ordnung auf dem Obstmarkt betreffende Fragen. Seinen interessanten Ausführungen entnehmen wir folgende Stellen:*

Betrachten wir auch in diesem Kreis einmal ganz kurz die Funktion der Preiskontrolle, die sicher im ganzen gesehen einen wertvollen Beitrag für die störungsfreie Aufrechterhaltung unserer Wirtschaft geleistet hat, im Sektor Obst meines Erachtens aber einen absoluten Versager darstellt. Das Preisbildungsprinzip war bei uns von Anfang an falsch.

Auf welchen Geleisen fahren wir, wenn wir jetzt feststellen müssen, dass durchschnittlich in den Kühlhäusern qualitativ und sortenmässig zu geringe Ware liegt, nur weil die Kühllagerfirmen das gesetzwidrige Ueberzahlen am «marché noir» für die hochwertigeren Spätsorten nicht mitmachen konnten? Es gibt allerdings Firmen, die auch über Kühlhäuser verfügen, welche die unredliche Praxis ad absurdum betreiben. Die Preiskontrolle ist nicht in der Lage, durchzugreifen.

Ich glaube auch, dass man in jedem andern Land in der Kriegszeit von Staates wegen die höchstgeeignete Ware in unsere besten Lagerhäuser *gelenkt* hätte. In dieser Beziehung geschieht bei uns gar nichts. Man hat es nicht verstanden, einen bescheidenen Beitrag zu leisten, diese wertvollen Instrumente im Dienste unserer Volksernährung restlos auszunützen. Im ganzen gesehen würde ich ja diese freiere Gestaltung der Dinge recht gerne sehen; nur sollte man dann nicht tagtäglich feststellen müssen, dass sich der Staat auf andern Gebieten viel intensiver einmischt.

Wir wollen ja gerne zugeben, dass es die verantwortlichen Organe in der Obstbewirtschaftung nicht leicht haben und dort regelmässig die widersprechendsten Meldungen aus der Praxis eingehen. Ich glaube aber, dass insbesondere eine organisatorische Lücke darin besteht, dass man während der Haupterntezeit nicht verfolgt, wohin die Ware gelangt, ob auf Lager oder in den Konsum, und man sich dann eigentlich über den Stand der Versorgung auf längere Sicht erst ein Bild machen kann, wenn die ganze Einlagerungskampagne abgeschlossen ist und man sich dann von überwältigenden Lagermengen überraschen lässt. Hätte man den Finger besser am Puls gehabt, so würde man zweifellos noch im November ungefähr 1000 Wagen mehr für den Export freigegeben haben, der Leben und Verdienst in die Bude gebracht hätte und für den Qualitätsobstbau die Triebfeder darstellt, ohne dass dadurch die Landesversorgung zu kurz gekommen wäre. Heute sucht man krampfhaft nach Auswegen, um nicht Ware verfaulen zu lassen. Selbstverständlich spielt ja hier auch die Verfügung der Preiskontrollstelle hinein, und zwar in bezug auf *Lagerzuschläge*. Man wagt in der Regel in der Praxis nicht, darüber zu flüstern, weil diese eine Verdienstquelle bedeuten können. *Wenn man aber die skrupellosen Auswirkungen sieht, so wäre es vernünftiger, auch hier einmal das Messer anzusetzen.* Es ist doch sicher auf den ersten Blick gesehen ein Unsinn, dass ein Bohnapfel oder ein Glockenapfel die gleichen Lagerzuschläge geniesst wie ein Berner Rosen, Sauergrauech oder Boskop. Vor einem fachmännischen Kriterium kann eine solche Verfügung nicht standhalten, und deshalb sind die Auswirkungen entsprechend.

Interessant sind weitere Feststellungen. Man vermisst sich in gewissen Kreisen in ausgesprochenem und übertriebenem Schutz der Landwirtschaft. Wir haben das Recht über diese Dinge zu sprechen, weil wir Kühlhäuser aufgestellt haben, um in erster Linie der Landwirtschaft zu dienen. Es ist zum Beispiel festgestellt worden, dass im letzten Herbst eine Firma auf einer bestimmten Station den Verlad einstellte, weil einmal der Markt leicht überführt war, aber insbesondere deshalb, weil die angeführte Herbstware einfach nicht ausgereift war. Was unausgereifte Herbstware für jeden Händler bedeutet, ist bekannt. Die betreffende Firma vermochte aus der betreffenden Station in jahrelanger Arbeit eine recht gute Verladestation zu schaffen. Auf Grund der achttägigen Einstellung der Annahme wurde einfach einer andern Organisation die Obsthandelskarte erteilt, die bisher noch keinen Finger gekrümmt hat. — Mir sind gerade deshalb diese kriegswirtschaftlichen Kleindiktatoren unsympathisch, weil sie immer glauben richten zu müssen und dabei das Recht nicht kennen.

Die Organisation des Obsthandels mittels Obsthandelskarten würde denn auch mit Vorteil am besten morgen schon aufgehoben. In das Gebiet der Kleindiktaturgelüste gehört auch die Exportkontingentierung. Interessanterweise kämpfen für die Exportfreiheit gerade diejenigen Firmen, die bei der Kontingentierung über die grössten Kontingente verfügen würden. Diese Firmen aber wissen, dass es sich um zu Unrecht annektierte Privilegien handeln würde, die gerade deshalb keinen Bestand haben können.

Die ganze Obstbranche wird immer eine quecksilbrige Materie darstellen, die Wendigkeit und Anpassungsfähigkeit erfordert, dass meines Erachtens die Ordnung in der Freiheit die Grundlage für die gedeihliche Entwicklung bilden muss. Wenn man nun immer wieder erfährt, wie man bemüht ist, aus reiner Sesselkleberei die Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft hinüber zu retten — entgegen den allgemeinen bundesrätlichen Weisungen — so erblicke ich darin eine Gefahr für die ganze bisher geleistete Aufbauarbeit, und gegen diese Gefahr soll den Schild erheben, wer noch auf seine eigene Kraft zu vertrauen vermag. Dass aber die Obstkühlhäuser an der gedeihlichen Entwicklung des Obstbaues ein primordiales Interesse haben, liegt auf der Hand, ebensosehr, wie sich der Obstbau heute die Kühlhäuser nicht mehr wegdenken könnte.

Wenn gerade in diesem Kreis, der immerhin die Elite des Obsthandels vereinigt, Kritik gemacht wird, so hat es jedenfalls niemals den Zweck, hinunterzureissen, sondern aufzubauen.

FRIEDRICH ALBERT LANGE

geboren 28. September 1828 in Solingen;
gestorben 21. November 1875 in Marburg.

Ein Deutscher von Geburt, hat Friedrich Albert Lange in Zürich, wo sein Vater Professor der Theologie war, das Gymnasium besucht und sich an der Universität philosophischen und theologischen Studien gewidmet. In Bonn studiert er Philosophie und kunsthistorische Fächer. Dann wirkt er als Gymnasiallehrer in Köln, Bonn und Duisburg. Er widmet sich hingebend dem öffentlichen Leben und der sozialen Frage, kommt deshalb mit der preussischen Regierung in Konflikt und nimmt seinen Abschied aus dem Staatsdienst. — 1866 siedelt Lange nach Winterthur über, tritt in die Firma seines einstigen Studienkollegen Bleuler ein, wirkt als Redaktor am «Landboten» und als Lehrer für Latein, Geschichte und Philosophie am Gymnasium. Er beteiligt sich lebhaft an der zürcherischen Revisionsbewegung, wird Verfassungsrat, dann Erziehungsrat und Bankrat. 1875 wird er als Philosophieprofessor an die Universität Zürich berufen, folgt 1872 einem Ruf an die Universität Marburg, wo er, erst 47 Jahre alt, stirbt.

Als selbständiger Denker findet Lange die Genossenschaften von Schulze-Delitzsch als zu wenig sozialreformerisch, auch lehnt er die unbeschränkte Haftpflicht ab. Er misst der Selbsthilfe grosse Bedeutung bei und lehnt die von Lassalle geforderte Staatshilfe ab. Er ist für umfassende Anwendung der genossenschaftlichen Lehre, ist Verfasser von Schriften über Baugenossenschaften und sieht günstige Möglichkeiten für genossenschaftliche Produktion auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Lange gründet in Duisburg einen Konsumverein und einen Vorschussverein für Handwerker. Er studiert die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft, ist Verfasser der «Arbeiterfrage» und der «Geschichte des Materialismus». Im Genossenschaftswesen schätzt er vor allem die erzieherische Wirkung. Es befähigt zu selbständigem Denken und Handeln und erweitert den Blick. Die Erziehung zur Barzahlung ist ein vortrefflicher Weg zur Freiheit und Unabhängigkeit.

In den Arbeitervereinen von Winterthur und Umgebung war Friedrich Albert Lange ein oft und gerne gehörter Redner. Im Anschluss an einen seiner Vorträge ist die Gründung des Konsumvereins Winterthur beschlossen und ihm die erste Organisation und Leitung übertragen worden.

SALOMON BLEULER

geboren 7. Januar 1829 in Zürich;
gestorben 12. Februar 1886 in Winterthur.

Salomon Bleuler widmete sich theologischen Studien und wirkte mehrere Jahre als Pfarrer. Die grosse Tatkraft des geistvollen Mannes bedurfte eines grösseren Wirkungskreises. Nach redaktioneller Tätigkeit in Zürich und Aarau übernahm er 1861 Redaktion und Verlag des Winterthurer «Landboten». Bei der Bewegung für Revision der Verfassung des Kantons Zürich stand Bleuler mit seinem Blatte an der Spitze, und er war es auch, der die Hauptarbeit leistete. Er ist der Verfasser des kantonalen Fabrikgesetzes von 1870 und von Entwürfen für ein Schul- und ein Steuergesetz. Für das eidgenössische Fabrikgesetz ist er mit grosser Begeisterung eingetreten. Seine ungewöhnliche Arbeitskraft gestattete ihm, dem nebenbei der Schweizerische Grütliverein durch Urabstimmung die Redaktion des «Grütlianers» übertragen hatte (1872—1878), neben vielen Aemtern in Gemeinde, Kanton und Bund, auch noch dem Konsumverein Winterthur viel Zeit und Kraft zu widmen. Als Freund aller sozialen Bestrebungen ist Bleuler besonders für die kulturelle Hebung der Arbeiterklasse eingetreten. In der Genossenschaft erkannte er einen Weg, der geeignet wäre, diesem Zweck zu dienen und gleichzeitig die ökonomische Lage der Arbeiterklasse zu verbessern. Er bedauerte, dass die Theorien von Karl Fourier und Robert Owen zu wenig bekannt seien, und veröffentlichte solche in seinen Blättern. Auch über die Rochdaler Genossenschaft in England und die deutsche Bewegung unter Schulze-Delitzsch hat er berichtet, ebenso wie über die Vorgänge im Konsumverein Zürich. Was er theoretisch vertreten hat, versuchte Bleuler im Konsumverein Winterthur zu verwirklichen, der unter seiner Leitung zunächst einen stürmischen Aufstieg nahm. Leider war die Bevölkerung noch zu wenig genossenschaftlich geschult und nicht reif für die hochfliegenden Pläne, weshalb verschiedene Unternehmungen scheiterten. Die daherigen Opfer hat Bleuler weitgehend auf sich genommen, ebenso wie Feindschaft und geschäftlichen Nachteil, die ihm von anderer Seite erwachsen sind. Wenn die Gründung einer schönen Anzahl heute blühender Konsumvereine des Kantons Zürich in die Jahre 1868 bis 1877 zurückgeht, so ist das zu einem guten Teil dem Wirken Salomon Bleulers zu verdanken. Nichts konnte ihn irre machen im Glauben an die genossenschaftliche Selbsthilfe als Weg zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Hebung des Volkes.

THEODOR HOFFMANN

Im Juni 1865 erschienen in dem von W. Klein herausgegebenen «Schweizer. Volksfreund» einige Artikel unter dem Titel: «Sittliche und ökonomische Hebung des Arbeiterstandes», in welchen die Gründung von Konsumvereinen empfohlen wurde. Th. Hoffmann-Merian, Direktor der Zentralbahn, dem die Artikel zugeschrieben werden, sieht darin ein wirksames Mittel, die Arbeiter vor Armut und vor den Folgen von Krisen zu schützen. Er gibt eine einlässliche Schilderung der Organisation und der Erfolge der Rochdaler Pioniere und des Konsumvereins in Zürich. Die Darstellung der Rochdaler Genossenschaft lehnt sich an das Buch von Eduard Pfeiffer an, das eine praktische Anleitung zur Gründung und Leitung von Konsumvereinen enthält. Hoffmann schildert auch das Markenlieferantensystem und beschreibt, als Beispiel hiefür, die Einrichtungen der «Humanité» in Lille (Nordfrankreich). Diese Gesellschaft betreibt kein eigenes Geschäft. Sie schliesst Lieferungsverträge mit Geschäftsleuten verschiedener Branchen ab, wonach der Verein diesen Firmen die Kundschaft seiner Mitglieder zuführt, wogegen sie ihm einen im voraus bestimmten Rabatt gewähren. Die Vereinsmitglieder bezahlen ihre Bezüge mit den Wertmarken des Vereins, die je Ende des Monats von den Firmen beim Kassier, unter Abzug des Rabattes, in kursfähiges Geld umgewechselt werden. Ein System, das damals auch in Deutschland ziemlich verbreitet war, einfach ist, kein Risiko bietet, aber dem Verein auch jede Möglichkeit nimmt, auf die Preise einen ermässigenden Einfluss auszuüben. Es wirkt im Gegenteil eher im Sinne der Verteuerung, weil eine Konkurrenz des Vereins ausgeschlossen ist und die Versuchung naheliegt, dass die Lieferanten den Rabatt ganz oder teilweise zu den Preisen schlagen. Die Gesellschaft opfert ihre Selbständigkeit und stärkt die Stellung der Privatwirtschaft. Th. Hoffmann hat seiner Arbeit einen Statutenentwurf beigefügt zur Gründung eines «Konsum-Sparvereins». Der Allgemeine Consumverein Basel hat aber, in weitsichtiger Weise, das Rochdaler System angenommen und ist gut dabei gefahren. Die Gründungsversammlung wurde von Th. Hoffmann-Merian präsidiert, und Dr. F. Göttisheim, der nachmalige Ständerat, war Vizepräsident. Die Genossenschaft umfasste Leute aller Stände, galt nicht mehr als Armensache wie bei den früheren Organisationen, und die Mitwirkung erfahrener Geschäftsleute sicherte den dauernden Bestand des ACV Basel. Vor allem hat der Kaufmann Bernhard Collin-Bernoulli der jungen Genossenschaft mit weisem Rat und mutiger Tat auf den Weg geholfen.

Dr. FRIEDRICH GÖTTISHEIM

Ein Wechsel in der Mode und Zollerhöhungen in Amerika hatten 1864 eine tiefgehende Krise in der Seidenbandindustrie von Basel zur Folge. Die Lage wurde noch verschlimmert, indem die Vereinigten Staaten von Amerika, nach dem Bürgerkrieg um die Abschaffung der Negersklaverei, durch Erhöhung der Einfuhrzölle die Ausfuhr in das gute dortige Absatzgebiet verhinderten. Grosse Vorräte belasteten den Markt, und der mangelnde Absatz veranlasste die Fabrikanten, ihre Betriebe einzuschränken, zu schliessen oder zu verkaufen. Dass sie auf diese Weise ihren Besitzstand sicherstellten, die Arbeiter aber ihrem Schicksal, beziehungsweise der öffentlichen Fürsorge, überantworteten, wurde von diesen schicksalsgläubig hingenommen. Mit der längeren Dauer des Notstandes kehrte Verzweiflung in den betroffenen Arbeiterkreisen ein. In der Presse hat man ihnen die Auswanderung empfohlen. So wäre man die Opfer einer ungerechten Wirtschaftsordnung auf bequeme Weise losgeworden und hätte sich um ihr weiteres, kaum besseres Schicksal nicht zu kümmern brauchen. Aber dieser Weg war nicht gangbar, weil den Arbeitslosen die Mittel zur Auswanderung fehlten, und die sie hatten, waren nicht bereit, damit zu helfen. Die Regierung bewilligte Kredite für Notstandsarbeiten, aber die an leichte Arbeit gewöhnten, ausgehungerten Posamenter waren zu schwerer Arbeit nicht fähig.

Dieser Sachverhalt veranlasste den damaligen Regierungssekretär Dr. Fr. Göttisheim, in einem öffentlichen Vortrag die Bevölkerung mit dem Wesen und der Organisation von Konsumvereinen vertraut zu machen und die Gründung eines solchen anzuregen, als gangbarer Weg für eine dauernde Hilfe für die Notleidenden. Offenbar ist Göttisheim, der bei den Beratungen des Regierungsrates an erster Stelle mitzuwirken hatte, durch Nachrichten über die genossenschaftlichen Vorschussvereine von Schulze-Delitzsch, die Darlehenskassenvereine von F. W. Raiffeisen und die Schriften von V. A. Huber über die englischen Konsumvereine zu seinem Vorgehen veranlasst worden. Sein Ruf: «Helft Euch selbst durch Gründung eines Konsumvereins!» schien zunächst erfolglos zu sein, weil keine der bisherigen Hilfsorganisationen dauernden Bestand hatte. Viele Artikel, die der Kaufmann B. Collin im «Schweizer. Volksfreund» über das Konsumvereinswesen veröffentlichte, hatten den Erfolg, dass im Juli 1865 der ACV Basel gegründet wurde. Göttisheim kommt das Verdienst zu, dazu die erste Anregung gegeben zu haben.

Die Lösung des Bergbauernproblems

Die «soziale Frage» ist nicht nur ein Arbeitnehmerproblem, das sich in der Hauptsache unten in der Ebene stellt, sondern eine mindestens ebenso dringende Angelegenheit in den Bergen. Armut, Elend, Familiennot, Arbeitslosigkeit, Verschuldung — und wie alle die sozialen Gebrechen sonst noch heissen —, sie begegnen einem in gewissen Gegenden auf Schritt und Tritt. Und trotzdem ist man in der Behebung dieser Uebelstände bedeutend weniger weit als in Gewerbe und Industrie. Die misslichen Verhältnisse sind eben viel tiefer begründet, als dass man sie allein mit etwas besseren Preisen und Löhnen beheben könnte.

Zu denjenigen, die die Uebel wirklich an der Wurzel zu packen versuchen, gehört die *Patenschaft Co-op.* Sie hat in den von ihr betreuten Gemeinden Massnahmen in Angriff genommen, die die erstrebte *dauernde* Existenzverbesserung herbeiführen können. Doch braucht es bis zur Erreichung des Zieles noch ganz bedeutender Anstrengungen sowohl seitens der Hilfsbereiten wie derjenigen, denen geholfen werden soll.

Eine Bestätigung dafür, dass diese genossenschaftliche Arbeit auf dem richtigen Wege ist, bieten auch die Ausführungen von Herrn Stacher, Direktor der Allgemeinen Davoser Kontroll- und Zentral-Molkerei, in deren Jahresbericht über die *Sanierung der Berglandwirtschaft.* Das, was dieser gründliche Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse in den Bergen über die Mittel zu deren Verbesserung schreibt, stellt einen glücklichen Rahmen dessen dar, was die Patenschaft Co-op jetzt schon in der Praxis zu realisieren im Begriffe ist. Herr Direktor Stacher schreibt u. a.:

In der Folge versuchen wir nun, das Bergbauernproblem im allgemeinen zu behandeln.

Wir stellen in diesem Zusammenhange die These auf, dass die endgültige Sanierung unserer schweizerischen Gebirgslandwirtschaft eines der ersten und bedeutsamsten Probleme ist, das in der unmittelbaren Nachkriegszeit von Obrigkeit und Volk zu lösen sein wird. Unseres Erachtens ist man sich heute auch an höchster Stelle klar darüber, dass auf Basis bisheriger Praktiken dem Bergbauer im besten Falle nur periodisch geholfen werden kann.

Der Umstand, dass alle bis heute an der Gebirgslandwirtschaft versuchten Sanierungsmassnahmen, die entschieden kostspielige Experimente darstellen, zu keiner wirklichen Lösung führten, beweist uns die ausserordentliche Kompliziertheit der Materie. Das Resultat bisheriger Bestrebungen auf diesem Gebiete verhilft uns zur Erkenntnis, dass es viel grösserer Aktionen bedarf, um einem ganzen Volkskörper die Lebensfähigkeit zu geben und zu erhalten. Wir erachten es hinfort als sinn- und zwecklos, die Berglandwirtschaft periodisch durch Injizierung von Stützungsgeldern aus dem jeweiligen Agoniezustand zu erwecken. Vielmehr muss ein Weg gefunden werden, der eine dauernde Lebensfähigkeit der Gebirgsbevölkerung gewährleistet. Es liegt im absoluten Interesse des Staates, unter allen Umständen zu verhüten, dass unser Bergbauer zum Almosennehmer erniedrigt wird. Die Subventionspolitik birgt in moralischer Beziehung Gefahren von grosser Tragweite, deren ungünstige Reaktionen über kurz oder lang wahrnehmbar werden müssten.

Obgleich die Ursachen, die zur Bergbauernkrise führten, allbekannt sind, wollen wir uns damit doch noch befassen. Streng genommen ist die Tiefland-Landwirtschaft in gewissem Sinne an der Notlage der Berglandwirtschaft verantwortlich. Zufolge intensiver fortschrittlicher Bewirtschaftungsmethoden und sich daraus ergebender Produktionssteigerung auf jedem Sektor landwirtschaftlicher Erzeugung ist der Gebirgsbauer mit seinen sehr beschränkten und in engen Rahmen gespannten Produktionsmöglichkeiten direkt überflügelt worden. Diese Feststellung ist kein Vorwurf an die glücklichere Schwester im Unterland, sondern verdient festgehalten zu werden, um die eigentlichen Gründe für die Unterlegenheit der Berglandwirtschaft besser illustrieren und verständlich machen zu können. Die Gebirgslandwirtschaft ist also gewissermassen ein Opfer der Konkurrenz, des raschen Fortschritts, günstigerer Produktionsmöglichkeiten, kraft geographischer und topographischer Lage und Klimaverhältnisse geworden. Die Gebirgs- und die Tiefland-Landwirtschaft sind wohl zwei Schwestern, aber Kinder verschiedener Väter.

Wie oft und laut wird die These vertreten, dass die Berggebiete das Zuchtreservoir unserer schweizerischen Viehrassen darzustellen haben. Obwohl die Prädestination in dieser Beziehung in vollem Umfange besteht, nützt sie dem Bergbauer sehr wenig, solange er sein Qualitätsvieh zu schlechten Preisen oder überhaupt nicht absetzen kann, als direkte Folge davon, weil im Tiefland bald ein jeder Bauer sein eigener Viehzüchter geworden ist. Als ein Akt hinkenden Solidaritätsempfindens muss der Umstand gewertet werden, wenn der bereits schon unvergleichlich bessergestellte Tieflandbauer seinen Bergkollegen nunmehr auch auf züchterischem Gebiete konkurrenziert, das bisher als dessen alleinige und grösste Stärke gegolten hatte. Mit dem Momente aber, wo wir untätig zusehen, wie dem Bergbauer auch der letzte und beste Trumpf aus der Hand gespielt wird, ist sein wirtschaftlicher Weiterbestand ausserordentlich gefährdet, zumal gegenwärtig auch der Viehexport verunmöglicht ist. Kontingentierungsmassnahmen punkto Viehaufzucht im Unterland dürften wohl in der Lage sein, dem Bergzüchter den nötigen und verdienten Schutz zu verschaffen.

Wenn wir die weitern Ursachen ergründen, die zur Notlage unserer Bergbevölkerung führten, so prallen wir auf Widerstände wirtschaftlichen und sozialen Charakters, die unüberwindbar erscheinen mögen, im ureigensten Interesse unserer Volkswirtschaft selbst dann aber beseitigt werden müssen, wenn dies auf schmerzlose Art nicht möglich sein sollte.

Es wäre falsch, das Bergbauernproblem von der Voraussetzung aus beurteilen zu wollen, jeder Bergbauer sei sanierungsbedürftig. Genau so irrig wäre die Annahme, dass die Bergbauernnot durch Beibehaltung bisheriger Stützungsaktionen je zum Verschwinden gebracht werden könnte. Richtig ist hingegen, dass wir in Berggegenden sehr viele sanierungsbedürftige Bauernbetriebe antreffen, glücklicherweise nebst anderen, wo die Erwerbsmöglichkeit und finanzielle Lage die Lebensfähigkeit gewährleisten. Eine Sanierungsaktion hätte sich demzufolge nur auf den Teil der Gebirgslandwirtschaft zu erstrecken, der wirklich notleidend ist.

Für die Krisenempfindlichkeit und die Notlage der Gebirgslandwirtschaft sind folgende Faktoren ganz oder teilweise verantwortlich zu machen:

a) Vorhandensein relativ vieler Klein- und Zwergbetriebe mit zu kleiner Produktionsfläche, um eine Familie erhalten zu können;
b) grosse Zerstückelung des Bodenbesitzes in Kleinparzellen;
c) grosse finanzielle Belastung von Grund und Boden;
d) extensive Bewirtschaftungsmethoden und Mangel an entsprechenden Fachkenntnissen;
e) unbefriedigende, schlechte Vieh- und Produktenabsatzmöglichkeiten;
f) Fehlen geeigneter Nebenverdienstmöglichkeiten.

Als der krisenempfindlichste Teil unserer Gebirgslandwirtschaft muss unbedingt und vorbehaltlos die grosse Zahl der Klein- und Zwergbetriebe genannt werden. In diesem Zusammenhange kann die Behauptung aufgestellt werden, dass diese Kategorie Landwirtschaftsbetriebe in den wenigsten Fällen lebensfähig ist, noch aber lebensfähig gestaltet werden kann und sich demzufolge in chronischer Notlage befinden wird. Dem Kleinbauer im Gebirge ist zufolge fast gänzlichen Fehlens von Arbeitsmöglichkeiten leider nicht Gelegenheit geboten, im Nebenverdienst als Taglöhner oder sogar Fabrikarbeiter sein Einkommen zu verbessern. Das Existenzminimum kann mit einem 1—3-Kuhbetrieb, wobei der Grad der Verschuldung noch separat mitspielt, nicht verdient werden und die Notlage eines solchen Bauern wächst mit der Grösse der Familie, die er zu erhalten hat. Es ist klar, dass Bauern in zitierter oder ähnlicher Lage ständige Gleichgewichtsstörer in der Gebirgslandwirtschaft sein werden und zudem eine nicht zu unterschätzende Belastung für die Gemeinden darstellen.

Das Los dieser armen, unglücklichen Bergbauernfamilien ist in jeder Hinsicht als tragisch zu bezeichnen. Wie mancher Bergbauer ist viel schlechter dran als nur ein Knecht, und für wie manchen wäre es besser, ein freier Knecht als ein geknechteter Bauer zu sein. Wie mancher Bergbauer ist über und über schuldenbeladen und sieht den Tag kommen, wo ihn diese erwürgen und er samt Familie von Haus und Hof weg muss. Wieder andere sind nur noch sogenannte Eigentümer ihrer kleinen Habe, in Wirklichkeit aber schon längst der Knecht ihrer Geldgeber. Demzufolge hätten zur Sanierung und Lebensfähiggestaltung unseres Bergbauerntums gesamtschweizerisch betrachtet folgende Voraussetzungen geschaffen zu werden:

a) Bereitstellung von genügend Produktionsfläche pro Betrieb;
b) Sistierung lebensunfähiger Klein- und Zwergbetriebe;
c) Einführung intensiver Bewirtschaftungsmethoden durch Fachberatung;
d) Entschuldung finanziell überlasteter Betriebe;
e) Güterzusammenlegung;
f) gesetzliche Abschaffung der Erbteilung für landwirtschaftliche Kulturflächen;
g) Schaffung differenzierter Produktenpreise für Berggebiete und Sicherung befriedigender Absatzmöglichkeiten;
h) Schaffung geeigneter Nebenverdienstmöglichkeiten und Heimarbeit.

Aus der Praxis

Entgleiste Reklame gegen die Genossenschaft

Ein Kohlen-, Eisenwaren- und Haushaltgeschäft verschenkt seinen Kunden einen Taschenkalender. Die Rückseite des Kalenders sieht so aus:

Immer noch das alte Lied!
Qualitäts-Werkzeuge, Haushalt-Artikel,
Beschläge, landw. Geräte, Eisenwaren
kauft man im Eisenwarengeschäft,
nicht aber beim Teigwarenhändler!!
Das gilt auch für Brennmaterial.

Wenn auch die Genossenschaft nicht genannt ist, so ist sie doch gemeint. Jedermann in dem betreffenden Ort merkt es. Denn nur der Konsumverein verkauft in seinen verschiedenen Abteilungen Haushaltartikel, Teigwaren, Gartengeräte, Brennmaterial. *Wie soll die Konsumgenossenschaft auf eine solche Propaganda reagieren?* Wir sind der Meinung: auf keinen Fall darf sie mit der gleichen Elle messen. Würde die Genossenschaft mit gleich grobem Geschütz auffahren, so entstünde eine vergiftete Atmosphäre.

Für den Konsumverein muss es heissen: jetzt erst recht den Dienst am Mitglied ausbauen, preisregulierend wirken, Qualitätsware vermitteln, die Leistungen im Interesse der Konsumenten steigern durch Aktionen aller Art, das Personal aktivieren, vermehrten Kontakt mit den Mitgliedern herstellen. Mit einem Wort: die Aufgaben, die einer Genossenschaft gestellt sind, richtig und lebendig erfüllen. Antwortet die Genossenschaft so, dann wird solch plumpe Propaganda nutzlos verpuffen. Praktikus

Studienzirkel-Leiterkurs

16.—21. Juli im Freidorf

- Ein neues Programm
- Neue Ideen
- Arbeit für die Zukunft

Dienst am Mitglied im Zeichen der Gasrationierung

Wie in der «Bäckerei-Post» mitgeteilt wird, erleichtert die Bäckerei des KV Winterthur den Mitgliedern die durch die Gasrationierung entstandenen Schwierigkeiten auf folgende Weise: Ohne Zweifel — so heisst es in genanntem Hausorgan — wird es auch der tüchtigsten Hausfrau nicht mehr möglich sein, Wähen in ihrem Gasherd zu backen. Aus diesem Grunde ergibt sich für uns die absolute Notwendigkeit, unseren Mitgliedern wenigstens einmal pro Woche die Möglichkeit zu geben, Wähen aus teilweise eigenem Material bei uns herzustellen, evtl. auch nur backen zu lassen. Sicher wird es unseren Verkäuferinnen nicht schwer fallen, alle Hausfrauen davon zu überzeugen, dass es bei den heutigen Transportschwierigkeiten einfach unmöglich ist, mehr als eine Extratour pro Woche zu diesem Zwecke einzuschalten.

Nach unserer Erfahrung kommen als Wähentage hauptsächlich Mittwoch und Freitag in Frage. Da es aus verschiedenen Gründen nicht möglich ist, alle Filialen am gleichen Tage zu bedienen, müssen wir unsere Läden in zwei Touren einteilen, wobei die eine Hälfte am Mittwoch und die andere am Freitag, evtl. auch abwechslungsweise, bedient wird.

Die Organisation der Wähentage stellen wir uns wie folgt vor: Vor allem gilt es, denjenigen Mitgliedern, die bisher immer Wähenteig aus der Bäckerei bezogen haben, ihre Wähen fertig herzustellen und zu backen. Wir ersuchen deshalb diese Mitglieder, das Material für Wähen am Vorabend, evtl. auch am frühen Morgen des für die betreffende Filiale als Wähentag angesetzten Tages im Laden abzugeben, so dass unsere Verkäuferinnen unbedingt die Möglichkeit haben, die Ware am Morgen bei der normalen Tour dem Chauffeur mitzugeben. Die Chauffeure bringen das entgegengenommene Material in die Bäckerei, wo die Wähen so rasch wie möglich fertiggemacht und gebacken werden, worauf die Rückspedition per Extrawagen um zirka 10.30 Uhr in die Filialen erfolgt. Die Zutaten für Wähen sollen, wo irgend möglich, in einem verschlossenen Gefäss (z. B. Milchkesseli mit Deckel) abgegeben werden. Selbstverständlich können auch fertige Wähen nur zum Backen entgegengenommen werden. Voraussetzung für ein richtiges Funktionieren wird immer sein, dass die Rückfahrt der Chauffeure unter keinen Umständen verzögert wird, so dass der Bäckerei Zeit zum Herstellen der Wähen bleibt und, was ganz besonders wichtig ist, dass alle Wähen und alle Gefässe richtig mit dem Namen des Mitgliedes und der Filiale angeschrieben sind. Um eine gewisse Einheitlichkeit zu erreichen, werden wir allen Filialen Etiketten zu diesem Zwecke zur Verfügung stellen.

Selbstverständlich stellt die ganze Aktion für uns ein fertiges Verlustgeschäft dar, und nur der Wille, unseren Mitgliedern in jeder Lage behilflich zu sein, konnte uns zu diesen Entschlüssen bringen.

Wir ersuchen unsere Verkäuferinnen, ganz speziell unsere Brotbezüger sofort über diese Möglichkeiten zu orientieren, was sehr zur Beruhigung der Gemüter beitragen wird. — Leider können bei dieser Aktion die Landfilialen nicht eingeschlossen werden, doch glauben wir, dass die Schwierigkeiten auf dem Lande bedeutend weniger gross sind.

Ein neuer Vorsteckapparat

macht es möglich, gewöhnliche Korrespondenzschreibmaschinen für Buchhaltungszwecke zu verwenden. Der Vorstecker ist so eingerichtet, dass Einführen von Kontoblatt und Journalblatt unabhängig voneinander möglich sind. Nach Erledigung der Buchhaltungsarbeit wird der Vorstecker abgenommen, so dass die Maschine wieder für gewöhnliche Korrespondenz verwendbar ist. (Vorläufig nur passend zu «Hermes»-Schreibmaschinen lieferbar.)

Aus: «Der Organisator», Schweizer Monatsschrift

Bildungswesen

Die Woche der Genossenschaftlichen Studienzirkel

Der 19. Februar war für die Genossenschaftlichen Studienzirkel der Schweiz ein Jubiläumstag. An diesem Tage waren nämlich genau zehn Jahre verflossen, seitdem in **La Chaux-de-Fonds** der erste Genossenschaftliche Studienzirkel der Schweiz seine Tätigkeit aufgenommen hatte. Wir müssen heute sagen, dass die Studienzirkel innerhalb unserer Bewegung nicht die Entwicklung genommen haben, die man erwartet hatte. Immerhin dürfte der Krieg der wesentlichste Grund dafür sein, dass die Fortschritte bis heute nur sehr bescheiden gewesen sind, und es ist bestimmt damit zu rechnen, dass es etwas schneller vorangehen wird, sobald einmal dieses grosse Hindernis nicht mehr da ist. Das letzte Vorkriegsjahr, 1938/39, war jedenfalls sehr verheissungsvoll gewesen.

In **Schweden** sind es nun, wie der Leiter der schwedischen genossenschaftlichen Studienzirkel, Herman Stolpe, in einem Leitartikel des Organes der Genossenschaftlichen Studienzirkel, Frauenvereine und Sparklubs, «vi vill» betont, 25 Jahre her, seitdem die Bewegung der genossenschaftlichen Studienzirkel ihren Anfang genommen hat. Während dieser Zeit sind alles in allem rund 30 000 Zirkel mit etwa 360 000 Teilnehmern tätig gewesen. Man versteht, wenn man diese Zahlen liest einigermassen, dass die schwedische Genossenschaftsbewegung sich in so weitgehendem Masse auf die öffentliche Meinung stützen kann.

Als einzigen — für unsere Statistik — neuen Studienzirkel verzeichnen wir **Biel** (B.), der seine Tätigkeit bereits Mitte Januar aufgenommen hat. Alles in allem erreicht nun die Zahl der Zirkel der laufenden Kampagne 114, nämlich 70 im deutschen und 44 im französischen Sprachgebiet bzw. 67 in deutscher und 47 in französischer Sprache.

Bern gedenkt noch in letzter Stunde eine grössere Anstrengung zu unternehmen. Ende Februar und Anfang März sollen nämlich noch nicht weniger als acht Zirkel ins Leben treten. Die starke Verzögerung ist darauf zurückzuführen, dass die Mehrzahl der vorgesehenen Zirkelleiter gerade in dem Augenblick mobilisiert wurde, da die Tätigkeit hätte beginnen sollen. Hoffen wir, dass der grosse Wurf gelingt!

Am 27. Februar sprach im Schosse des Zirkels «Amis de ,Servir'» der Coopératives Réunies von **La Chaux-de-Fonds** in Locle Herr Arnold Bolle über «Die schweizerische Neutralität», am gleichen Tage vor den Mitgliedern der Genossenschaftlichen Studienzirkel und des Genossenschaftlichen Frauenvereins **Vevey** Herr Dr. Fritz Wartenweiler über «Die Veränderungen in Europa und wir».

Aufrufe zugunsten der Mitwirkung an Genossenschaftlichen Studienzirkeln finden sich in der Lokalauflage von «La Coopération» des Verbandsvereins in **Bouveret** und in der Lokalauflage des «Genossenschaftlichen Volksblattes» von **Horgen.**

Am 25. Februar trafen sich die Genossenschaftlichen Jugendgruppen von **Bern, Biel (B.), Grenchen** und **Gümligen** zu einer Jugendtagung in Biel (B.).

Aus unserer Bewegung

Aus unseren Verbandsvereinen

Umsätze:

	1943/44	1942/43
Courrendlin	308 000.—	293 000.—
Luzern	10 672 000.—	10 552 000.—
Morges	276 000.—	328 000.—
Pieterlen	473 000.—	419 000.—
Utzenstorf	280 000.—	251 000.—

Die Genossenschaftliche Jugendgruppe **Bern** veranstaltete an zwei Abenden Vorträge über «Das Lohnverhältnis zwischen Frau und Mann» und «Jugend von heute», während in **Churwalden** Herr Redaktor Albert Adler, Bern, über das Thema «Droht uns Gefahr? Unsere Lage von heute und morgen» sprach. In **Erstfeld** fand die erste Generalversammlung des Genossenschaftlichen Frauenvereins statt, welcher bereits 150 Mitglieder zählt. Die Gewerkschaften und die KG **Huttwil** luden die Mitglieder zu einem Orientierungsvortrag ein über «Ausfüllung der Steuererklärung», welcher von einem gesetzeskundigen Fachmann gehalten wurde. In **Seen** sprach Herr Fr. Heeb, Mitglied des Verwaltungsrates des V. S. K., über «Von der Eidgenossenschaft zur modernen Genossenschaftsbewegung». Nach einigen Verschiebungen gelang es der KG **Lyss**, ihren Mitgliedern das Theaterstück «Wie me's trybt, so het me's» aufführen zu lassen; auch **Attiswil** lud zu einer gleichen Aufführung ein. Die Kinder der beiden genannten Genossenschaften durften sich am Märchenspiel «Frau Holle» erfreuen.

Beim Konsumgenossenschaftlichen Frauenverein **Biel** (Bern), in **Bühler, Elgg, Pieterlen** und **Wald** referierte Frl. Blatter, vom Hauswirtschaftlichen Vortragsdienst des V. S. K., über «Kunstseide und Zellwolle».

Pieterlen kann mit einem Mehrumsatz im letzten Betriebsjahr von 54 000 Fr. oder 12,9 % auf den höchsten Jahresumsatz seit Bestehen der Konsumgenossenschaft zurückblicken.

Die französischsprachige Sektion des Konsumgenossenschaftlichen Frauenvereins **Biel** (Bern) veranstaltete einen

Vortragsabend, an welchem Herr Wuilleumier, Lehrer in Biel, über «Au Tannenhof» referierte. **Bière** lud seine Mitglieder zu einer Gratiskinovorstellung ein. Herr Dr. Fritz Wartenweiler, Gründer und Leiter des Bildungsheims Herzberg bei Aarau, sprach in **Vevey** über « Les changements en Europe et nous ». **Bouveret** und **Broc** führten Vortragsabende über « La fibranne et la rayonne » (Zellwolle und Kunstseide) durch. B.

Brugg. *Rochdale-Jubiläumsfeier.* (Korr.) Die Feiern wurden in Brugg am 7. und 8. Januar und in Dottikon am 6. Januar 1945 durchgeführt. Leider war es wegen der wiederholten militärischen Besetzung der in Frage kommenden Säle nicht möglich, die Feier noch im Jahre 1944 durchzuführen.

Zu allen drei Veranstaltungen wurde die Heidi-Bühne aus Bern herbeigezogen. In Dottikon und in Brugg wurde den Kindern «Frau Holle», und den Erwachsenen das Theaterstück «Wie me's trybt so het me's» geboten. Vor Beginn jeder Theatervorstellung wurde durch eine kurze Ansprache der Rochdaler Genossenschaftsgründung gedacht und den erschienenen Mitgliedern die Grundsätze und die Bedeutung jener Pionierarbeit vor Augen geführt. Die Feiern wurden von über 1600 erwachsenen Personen und 1250 Kindern besucht.

Die Veranstaltungen wurden von den Genossenschaftsmitgliedern dankbar aufgenommen und entsprechend gewürdigt. Die Kosten wurden ausschliesslich von der KGB übernommen.

Mümliswil. (Korr.) *Generalversammlung.* Im Gegensatz zu früheren Jahren war der Aufmarsch in der Turnhalle des Schulhauses sehr erfreulich, waren doch rund 120 Mitglieder erschienen. Der Gesamtumsatz beläuft sich auf rund 240 000 Fr., was einer Umsatzsteigerung von 15 000 Fr. entspricht. Der Reinüberschuss wird wie folgt verteilt: 6 ½ % Rabatt, 1 ½ % Rückvergütung, Sondergutschein für Mitglieder mit mehr als 200 Fr. Konsumation. In einem Rückblick über das verflossene Jahr betonte der Präsident, Herr Linus Baumgartner, dass das Barzahlungsprinzip für die Zukunft unbedingt eingehalten und die Ausstände so rasch wie möglich abgetragen werden müssen. Des weitern gedachte er des Todes unseres verehrten Herrn Dr. B. Jaeggi, der als Bürger von Mümliswil und Stifter des genossenschaftlichen Kinderheims daselbst auch dem Konsumverein stets seine Gunst erwiesen hatte. Zu Ehren des verdienten Verfechters der Genossenschaftsidee erhebt sich die Versammlung.

Im zweiten Teil sprach Herr Fritz Senn von der Abteilung Propaganda des Allg. Consumvereins beider Basel über das Thema: «Was die Rochdaler Pioniere uns Heutigen zu sagen haben». Er wies besonders auf die noch heute geltenden sieben Grundsätze hin und unterstrich, dass auch in einer kommenden neuen Ordnung nach dem Kriege der Genossenschaftsgedanke zur praktischen Anwendung kommen wird. Als Beweis dafür gelten der Beveridgeplan, das Programm der SPS «Die Neue Schweiz», die Vergenossenschaftlichung industrieller Unternehmungen in China und die Verordnung Eisenhowers, wonach in Aachen und im weitern besetzten Gebiet zur Versorgung der Einwohner Konsumvereine errichtet werden müssen.

Das Referat wurde beifällig aufgenommen. Am Schluss wurden noch verschiedene genossenschaftliche Schriften, so das «Geheimnis der Krötengasse» und die Jugendzeitung «Wir kommen!» verteilt.

Wallenstadt. *Frauenabend.* (Korr.) Der Lebensmittelverein Wallenstadt führte einen Frauenabend durch. Der Saal war voll besetzt, und es musste noch das anschliessende Restaurant in Anspruch genommen werden. Herr Dr. Mühlemann, Redaktor des «Genossenschaftlichen Volksblattes», hatte das Referat übernommen. In einem dreiviertelstündigen Vortrag lauschten alle Genossenschafterinnen mit grosser Aufmerksamkeit seinen zu Herzen gehenden Ausführungen. Er erntete damit auch sehr grossen Beifall, und der Präsident verdankte ihm im Namen aller sein tiefgründiges Referat. Der Präsident wirft noch einen Rückblick auf die Entstehung des Lebensmittelvereins und dessen Entwicklung bis zur heutigen Zeit. Den gemütlichen Teil bestritten vor allem Musik, ein Lustspiel und eine Tombola. *Der Ueberschuss soll der Sammlung zugunsten kriegsgeschädigter Genossenschaften zugewiesen werden.* Alles in allem — es war ein schöner genossenschaftlicher Abend, der allen 235 Genossenschafterinnen noch lange in Erinnerung bleiben wird.

Verbandsdirektion

Die Verbandsdirektion nahm davon Kenntnis, dass sich das von ihr bestellte *Patronatskomitee zur Förderung der Sammlung zugunsten «kriegsgeschädigter Genossenschaften» und der «Schweizer Spende für die Kriegsgeschädigten»* am 24. Februar 1945 besammelt hat.

Das Komitee wird der Verbandsdirektion als beratende Instanz zur Seite stehen, insbesondere durch einen Arbeitsausschuss. Das Komitee, in dem die Kreisverbände, Zweckgenossenschaften und einige weitere Vereine, die im Rahmen des Verbandes wirken, vertreten sind, hat folgende Aufgaben: Behandlung des Werbeplanes, Verfolgung der Durchführung, Vorschläge zur Verwendung der gesammelten Gelder. Es wird Anregungen und Vorschläge, die aus seinem Schosse hervorgehen, der Verbandsdirektion unterbreiten. In seiner ersten Sitzung hat es den Aktionsplan und das Programm in seinen grossen Zügen bereits behandelt.

Das Patronatskomitee nahm in zustimmendem Sinne Kenntnis von einem *Abkommen zwischen der Verbandsdirektion und der Schweizer Spende,* das folgendes zum Inhalte hat: Der V. S. K. wird die Aktion der Schweizer Spende in seiner Presse und Propaganda unterstützen; er ist mit seiner Sammlung zugunsten kriegsgeschädigter Genossenschaften vorangegangen und wird nun diese Aktion in die gesamtschweizerische Aktion einordnen. Seine Sammlung wird er auf den Kreis seiner Zweckgenossenschaften, Verbandsvereine und deren Mitglieder beschränken. Die Schweizer Spende wird ihre Werbemittel auch dem V. S. K. zur Verfügung stellen und betrachtet dessen Sammlung als Teil der Schweizer Spende. Ueber die Ergebnisse der Sammlung des V. S. K. wird mit dessen Einverständnis verfügt, während ein Betrag von Fr. 500 000.— für Hilfsaktionen Verwendung finden wird, die dem Genossenschaftsgedanken in besonderem Masse Rechnung trägt.

Es werden binnen kurzem die notwendigen näheren Mitteilungen über das definitive Programm erfolgen. Wir bitten aber heute schon unsere Genossenschaften und Genossenschafter, ihre Gaben unserer Sammlung zukommen zu lassen. Wir wollen damit nicht in einer grossherzigen Aktion unseres Volkes ungesunden Konkurrenzgeist pflegen, sondern es handelt sich darum, im Rahmen dieser Aktion zu beweisen, dass die schweizerische Genossenschaftsbewegung einen wesentlichen Beitrag leisten kann, wenn es gilt, kriegsgeschädigten Mitmenschen tatkräftig zu helfen, dass aber auch ein ebenso wesentlicher Beitrag dazu dient, den in der Schweiz reiche Früchte tragenden Genossenschaftsgeist im Ausland zu dessen Nutzen wieder zum Blühen zu bringen.

*

Folgende Verbandsmitglieder haben ihre Firma geändert: Der Verbandsverein von Rivera führt nunmehr die Firma: *Società cooperativa di consumo Rivera;* und derjenige von Vers-l'Eglise die Firma: *Société coopérative de consommation de Vers-l'Eglise.*

Genossenschaftliches Seminar

(Stiftung von Bernhard Jaeggi)

Dem Genossenschaftlichen Seminar sind überwiesen worden:

Fr. 200.— vom Konsumverein Davos
» 150.— von der Allg. Konsumgenossenschaft Möhlin (Aargau)

Diese Vergabungen werden hiermit bestens verdankt.

MILCHEINKAUFSGENOSSENSCHAFT SCHWEIZ. KONSUMVEREINE (MESK) BASEL

Einladung zur V. Delegiertenversammlung

auf Samstag, den 17. März 1945, punkt 11 Uhr, ins Restaurant zur Kronenhalle (beim Bundesbahnhof), 1. Stock, **in Basel**

TAGESORDNUNG:

1. Abnahme des Protokolls der ordentlichen Delegiertenversammlung vom 18. März 1944.
2. Abnahme des Berichtes und der Rechnung pro 1944.
3. Ersatzwahl in die Verwaltung für den verstorbenen Herrn Fr. Michel Glarus.
4. Wahl von zwei Rechnungsrevisoren.
5. Allfällige Anträge nach § 29 der Statuten.
6. Diverses.

Versammlungskalender

Sonntag, den 4. März

Kreisverband IIIa (Verband bernischer Konsumvereine):
Kurs zum Ausfüllen der Steuerformulare für Vereine mit nebenamtlicher Verwaltung, in Bern, im Volkshaus, Zimmer Nr. 8. Beginn 9.30 Uhr.

Konsumgenossenschaftlicher Frauenbund der Schweiz (KFS):
Frauenkreisversammlung in Worb, im Gasthof «Bären». Beginn 10.30 Uhr.

Anbauwerk aarg. Konsumgenossenschaften:
Vorständekonferenz in Aarau, Restaurant «Salmen». Beginn 9.30 Uhr.

Montag, den 5. März

Kreisverband IIIa (Verband bernischer Konsumvereine):
Kurs zum Ausfüllen der Steuerformulare für Vereine mit hauptamtlichen Verwaltern, in Bern, im Volkshaus, Zimmer Nr. 8. Beginn 9.30 Uhr.

Samstag, den 10. März

Genossenschaftliche Zentralbank:
Ordentliche Delegiertenversammlung im grossen Saal des Genossenschaftshauses, Freidorf bei Basel. Beginn 14 Uhr. Vorversammlung im Vortragssaal des Genossenschaftshauses, I. Stock, Freidorf bei Basel. Beginn 13.45 Uhr.

Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine (VASK)

Seit dem *1. Januar 1945* konnten vom Verwaltungsausschuss der Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine (VASK) folgende Verbandsgenossenschaften neu als Kollektivmitglieder aufgenommen werden:

Airolo	Murten
Bad-Ragaz	Reichenbach
Cabbio	Roveredo
Elgg	Waldenburg
Landquart	Zweisimmen

Damit sind seit dem 1. Januar 1944 bis heute 44 Genossenschaften der Versicherungsanstalt beigetreten.

Weitere Abschlüsse bei verschiedenen Verbandsvereinen sind zurzeit in Vorbereitung.

Arbeitsmarkt

Angebot

Junge, tüchtige und selbständige **Verkäuferin** der Lebensmittel-, Manufaktur- und Haushaltungsbranche, mit genossenschaftlicher Seminarbildung und mehrjähriger Praxis wünscht Konsumfiliale zu übernehmen. Beste Zeugnisse und Referenzen zur Verfügung. Offerten sind zu richten an Chiffre A. B. 44 an den V. S. K., Basel 2.

Junge, tüchtige, mit dem Rationierungswesen vertraute **Verkäuferin** sucht kleineres Depot zu übernehmen. Eventuell als zweite Verkäuferin. Zürcher Oberland bevorzugt. Offerten erbeten an Chiffre O. W. 43 an den V. S. K., Basel 2.

Junger, tüchtiger **Bäckermeister,** 28 Jahre alt, der mit Erfolg ein eigenes Geschäft führt und dasselbe aus Gesundheitsrücksichten seiner Frau aufgeben muss, sucht eine Stelle als Bäcker-Konditor in einer Konsumbäckerei. Zeugnisse stehen zu Diensten. Offerten sind zu richten unter Chiffre K. B. 40 an den V. S. K., Basel 2.

INHALT: *Seite*